



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Klaus-Jürgen Hedrich/Norbert Herkenrath/
Gerd Langguth/Günter Linnenbrink/Peter
Molt

Mut zur Entwicklungspolitik

32

Aktuelle Fragen der Politik

Aktuelle Fragen der Politik

Heft 32

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Redaktion dieses Heftes:
Wilhelm Hofmeister

Klaus-Jürgen Hedrich/Norbert Herkenrath/
Gerd Langguth/Günter Linnenbrink/Peter Molt

Mut zur Entwicklungspolitik

ISBN 3-930163-98-5

INHALT

Gerd Langguth:
Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Peter Molt:
Anspruch und Wirklichkeit der freien
Nichtregierungsorganisationen

Norbert Herkenrath:
Kirchliche Entwicklungsarbeit aus Sicht von Misereor

Günter Linnenbrink:
Die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst

Klaus-Jürgen Hedrich:
Aufgaben der staatlichen Entwicklungspolitik

Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der Konrad-Adenauer-Stiftung

Gerd Langguth

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist eine der zentralen Aufgaben der Politik in der Gegenwart und in der Zukunft. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag bei dem Versuch zur Lösung der globalen Aufgaben: der Bekämpfung von Armut und Hunger und damit der Ursachen für die weltweiten Migrationsströme, der Begrenzung von Umweltschäden und damit der Förderung eines weltweiten Ressourcenschutzes, der Verbreitung der Ideen von Menschenrechten, Partizipation und Demokratie und damit der Verwirklichung von Frieden und Sicherheit im Weltmaßstab.

Für die Bundesrepublik Deutschland gewinnen entwicklungspolitische Fragestellungen eine zunehmende Bedeutung. Die Außenbeziehungen und die internationale Zusammenarbeit müssen heute mehrdimensional angelegt sein. So sehr die traditionellen Schwerpunkte deutscher Außenpolitik in Europa und Nordamerika eine neue Aktualität erhalten und neue Anforderungen mit sich gebracht haben, so ist es gleichzeitig notwendig, auch die Beziehungen zu anderen Regionen zu vertiefen. Das macht die Mitarbeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sichtbar, durch die von Deutschland ein neues Interesse, Mitsprache und praktisches Engagement in vielfältigen Fragestellungen der internationalen Politik erwartet werden.

Diese neue Verantwortung im internationalen System ist nicht beschränkt auf die Bundesregierung allein. Vielmehr stehen Politik und Gesellschaft in Deutschland vor der Aufgabe, ihr Verhalten und ihre Verantwortung innerhalb des internationalen Systems den neuen Anforderungen und Erwartungen anzupassen.

Die Bedeutung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wird vor diesem Hintergrund noch deutlicher. Neben den Maßnahmen und Kooperationsformen, die sich auf die Lösung ganz konkreter Probleme im Bereich der Armutsbekämpfung und des Aufbaus einer materiellen und sozialen Infrastruktur konzentrieren, ist die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine unabdingbare Voraussetzung für die Einleitung von nachhaltiger Entwicklung. Das steht im Zentrum der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, welche traditionell ein Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten ist.

Ein breite entwicklungspolitische Diskussion ist überfällig

Angeichts der Vielzahl entwicklungspolitischer Aufgabenstellungen ist eine breite entwicklungspolitische Diskussion in Deutschland überfällig. Diese sollte sich freilich nicht so sehr um institutionelle Fragestellungen drehen. So kranken beispielsweise die gelegentlich zu hörenden Forderungen nach einer grundlegenden Neuordnung des für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) daran, daß diesem Ministerium viel zu viele Funktionen aufgeladen werden sollen – womit es am Ende einer wirklichen Kompetenz entbehrt. Andererseits kann es natürlich auch nicht darum gehen, die Aufgaben des BMZ dem Auswärtigen Amt zu übertragen. Entwicklungszusammenarbeit ist ein eigenständiger Pfeiler deutscher Politik und muß als solcher gestärkt werden. Deshalb wird sich das BMZ gewiß in Zukunft auch vermehrt vor allem auf seine politische Steuerungsfunktion konzentrieren.

Aus der Sicht der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es vor allen Dingen wichtig, eine sachliche Diskussion über die Aufgaben der Entwicklungspolitik und die Träger der Zusammenarbeit, welche die anstehenden Aufgaben verwirklichen sollen, zu beginnen. Wichtig ist dabei, die gesellschaftliche Akzeptanz für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu erhöhen, nach Möglichkeiten neue Ideen und Kräfte dafür zu mobilisieren und diese auf der politischen Prioritätenliste neu zu bewerten.

Vorteile der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben in diesem Kontext eine ganz besondere Bedeutung. Sie sind, wie etwa die kirchlichen Hilfswerke oder auch die politischen Stiftungen, wichtige Träger, ja vielfach auch Initiatoren der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der Bestimmung ihrer Tätigkeitsfelder. Die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen wird, soviel ist mit dem Entstehen und Wachsen neuer Organisationen abzusehen, in Zukunft noch zunehmen. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung wird dieser Trend begrüßt, denn die Nichtregierungsorganisationen – und darunter nicht zuletzt die politischen Stiftungen – haben bisher einen ungemein wirksamen Beitrag im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geleistet.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist, ebenso wie auch die anderen politischen Stiftungen, eine Nichtregierungsorganisation. In ihrer täglichen Arbeit erfährt sie deshalb die vielen Vorteile, die sich gerade im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ergeben, wenn man frei von einem Regierungskorsett oder anderen Konditionierungen arbeiten kann. Das betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Parteien, Verbänden, Menschenrechtsorganisationen oder Gewerkschaften, die in ihren Ländern für Demokratie und Veränderung eintreten, dabei aber von ihren Regierungen behindert werden.

Subsidiarität und Hilfe zur Selbsthilfe

Diese eigenen Erfahrungen, das eigene Selbstverständnis und die Wertorientierungen, auf denen die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung basiert, sind die Grundlage dafür, dem Prinzip der Subsidiarität einen ganz hohen Stellenwert einzuräumen. Das bedeutet einerseits, daß sich die internationale Arbeit der Stiftung als Hilfe zur Selbsthilfe versteht, d.h., daß man versucht, den Partnern der Stiftung Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben, damit sie eigene Initiativen entfalten und so zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren Ländern beitragen. Dabei ist es selbstverständlich, daß eine politische Stiftung den politischen Rahmenbedingungen und ihren Veränderungen eine hohe Bedeutung beimißt.

Subsidiarität bedeutet andererseits aber auch, daß bei uns in der Bundesrepublik Deutschland der Staat soviel Verantwortung wie möglich auf nichtstaatliche Agenturen der Zusammenarbeit übertragen sollte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist sehr zufrieden über die Einführung der fünf Kriterien, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 1991 entwickelt hat, um daran die Zusammenarbeit zu messen: die Einhaltung der Menschenrechte, die Ermöglichung von Partizipation, die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, die Einführung marktwirtschaftlich orientierter Reformen und die Entwicklungsgerichtetheit staatlichen Handelns. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung, ebenso wie für die anderen Stiftungen, sind das Orientierungspunkte, an denen sich ihre Arbeit traditionell ausgerichtet hat. Insofern ist das BMZ einem Weg gefolgt, dessen Richtungen gerade die politischen Stiftungen seit langem gewiesen haben. Diese sehen es deshalb mit Genugtuung, daß nun auch bei den sogenannten staatlichen "Durchführungsorganisationen" die Arbeit an den politischen Rahmenbedingungen verstärkt wird.

Gerade die Tatsache aber, daß es Nichtregierungsorganisationen waren, welche diese Kriterien zum Maßstab ihrer Zusammenarbeit machten – neben den Stiftungen natürlich die kirchlichen Hilfswerke oder auch die zahlreichen privaten Initiativen, die mit viel Engagement arbeiten –, bestätigt die Bedeutung der Arbeit dieser Nichtregierungsorganisationen.

Politikdialog hat zentrale Bedeutung

Der Politikdialog muß nach Ansicht der Konrad-Adenauer-Stiftung eine zentrale Bedeutung bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit haben. Er zielt ab auf die Veränderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und ist gebunden an ein Politikverständnis, das auf philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen und darauf verankerten Werten basiert. Daraus ergeben sich unterschiedliche Ordnungsentwürfe für konkrete gesellschaftliche Situationen in anderen Ländern. Selbst innerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland werden ja unterschiedliche Ordnungs- und Politikentwürfe vertreten – wenngleich bestimmte Ziele wie die Aufrechterhaltung von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und ökologischer und sozialer Marktwirtschaft über politische Lager hinweg gemeinsam vertreten werden. Es geht bei diesen Ordnungsentwürfen immer auch um die Frage, auf welche Weise man das Gemeinwohl im Rahmen der demokratischen Ordnung stärken kann. Das sind keine "technischen", sondern politische Fragestellungen, die letztlich nur politisch, d.h. unter Bezug auf Grundsatz- und Wertepositionen, entschieden werden können. Daraus ergibt sich, daß das, was im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Maßnahme zur Veränderung der politischen Rahmenbedingungen "richtig" oder "angemessen" ist, nicht in gleicher Weise entschieden werden kann wie bei den "technischen" Fragestellungen. Hinzu kommt, daß aufgrund des angesprochenen Charakters von Politik und den Wurzeln politischer Ordnungsvorschläge bestimmte politische Konzepte, die im Rahmen von Maßnahmen der Zusammenarbeit gefördert werden, nach einem Regierungswechsel in einem Land vollkommen anders bewertet werden. Nichtstaatliche Träger der Entwicklungszusammenarbeit können sehr flexibel auf diese neuen Anforderungen reagieren. Ein zentraler Aspekt der stärkeren Förderung von Maßnahmen zur direkten Unterstützung von politischen Rahmenbedingungen muß daher die stärkere Förderung nichtstaatlicher Träger der Entwicklungszusammenarbeit sein. Das entspricht dem korrekten Verständnis des Subsidiaritätsprinzips.

Erfolgreiche Arbeit der politischen Stiftungen

Die Arbeit der Stiftungen ist erfolgreich. Im Falle der politischen Stiftungen ist das 1995 von zwei vom BMZ in Auftrag gegebenen unabhängigen Evaluierungen bestätigt worden. In Chile und Südafrika war die staatliche Entwicklungshilfe viele Jahre lang nicht oder kaum präsent, konnte nicht präsent sein. Gerade dort gibt es – das kann man einmal etwas pointiert ausdrücken – vielleicht die größten Erfolge deutscher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Gewiß müssen jetzt die politischen Fortschritte in diesen Ländern durch technische Maßnahmen ergänzt werden, die private Nichtregierungsorganisationen nicht unbedingt erbringen können. Hervorzuheben ist aber, daß Nichtregierungsorganisationen in den erwähnten Fällen ihre Effizienz deutlich unter Beweis gestellt haben.

Arbeit der Nichtregierungsorganisationen muß vom Staat unterstützt werden

Mit Blick auf die Bedeutung, Aktualität und neuen Perspektiven der Entwicklungspolitik muß die Rolle der Nichtregierungsorganisationen ganz deutlich angesprochen werden. Und es läßt sich sogar feststellen: Wenn heute bei vielen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, Ernüchterung über ein geringes oder gar mangelhaftes Interesse an der Entwicklungshilfe verspürt wird, dann müssen natürlich auch die Nichtregierungsorganisationen, und auch eine politische Stiftung wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, fragen, was noch besser gemacht werden kann, um mehr Verständnis und Unterstützung – gerade auch politische Unterstützung und Unterstützung von der Politik – für diese Arbeit zu erhalten. Das ist eine notwendige Diskussion, der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt. Diese Diskussion ist deshalb so wichtig, weil die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ein zentrales Zukunftsthema ist und weil Nichtregierungsorganisationen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Kontext eine zentrale Aufgabe haben.

Anspruch und Wirklichkeit der freien Nichtregierungsorganisationen

Peter Molt

An die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die der Dritten Welt helfen, werden seit einigen Jahren große Erwartungen geknüpft. Eine von der OECD in Auftrag gegebene Studie über die Rolle der Nichtregierungsorganisationen¹⁾ bezeichnet sie als "Stützen der Entwicklung". Bundesminister Spranger hat sie kürzlich das "zweite Standbein" der deutschen Entwicklungszusammenarbeit genannt. Die CDU/CSU Bundestagsfraktion sieht in den Nichtregierungsorganisationen ein großes gesellschaftliches Potential zur Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit. Durch ihre Beteiligung werde der Einsatz und die Mobilisierung der Bürger gefördert und damit die allgemeine Akzeptanz der Entwicklungszusammenarbeit im Spannungsfeld der oftmals konkurrierenden Politikbereiche gestärkt. Ihre Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen des Südens weise ihnen eine spezifische Aufgabe im Rahmen der Strategie der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung zu. Ähnliche Aussagen gibt es auch von den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages. Unter den Parteien besteht somit Einmütigkeit über die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen. Die Aussagen der Politiker beziehen sich zwar in erster Linie auf die kirchlichen Hilfsorganisationen, die breite Öffentlichkeit knüpft aber an das Wirken der nicht amtskirchlich gebundenen "freien" Nichtregierungsorganisationen ähnliche Erwartungen.

Die Struktur der freien deutschen Nichtregierungsorganisationen

Über die Arbeit der sogenannten freien oder, wie sie international genannt werden, "säkularen" deutschen Nichtregierungsorganisationen gibt es wenig verlässliche und gelegentlich auch verwirrende Daten. Das hängt sicher mit ihrer großen Zahl und ihrer sehr unterschiedlichen Zielsetzung zusammen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat 413 Nichtregierungsorganisationen erfaßt, die Vorhaben in den Entwicklungsländern unterstützen. Ihre tatsächliche Zahl beträgt sicher gut das Doppelte. Viele dieser Organisationen gehören zum kirchlichen Umfeld, viele andere sind nur örtlich tätig. Die meisten leisten karitative und humanitäre Hilfe oder unterstützen religiöse Gemeinschaften in den Entwicklungsländern.²⁾ Die vom BMZ an die OECD gemeldeten Zahlen über die Leistungen der Nichtregierungsorganisationen erfassen nur den quantitativen, nicht aber den qualitativen Aspekt des Mitteltransfers. Nach den Kriterien des BMZ zur Förderung von Entwicklungsvorhaben nichtstaatlicher Träger dürfte sich jedoch nur ein kleiner Teil dieser Organisationen als "Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen" qualifizieren.

Unter diesen dominieren eindeutig Misereor und Brot für die Welt bzw. die kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe sowie die politischen Stiftungen. Daneben werden in den offiziellen Berichten und Studien einige wenige große, weitere Nichtregierungsorganisationen genannt, wie z.B. die Welthungerhilfe, Terres des Hommes, Kindernothilfe, ADRA, Andheri-Hilfe, DESWOS, Kübel-Stiftung, Internationales Kolpingwerk, Deutscher Volkshochschulverband. Zur Bedeutung der freien Nichtregierungsorganisationen in Deutschland stellt die zitierte OECD-Studie fest: "A further problem has been the domination of the German NGO scene by the political foundations and church related NGOs, with a concomitant under-representation of the secular organisations."

Staatliche Förderung der freien Nichtregierungsorganisationen

Die Bundesregierung mißt der Entwicklungsarbeit der säkularen Nichtregierungsorganisationen offenbar keine große Bedeutung zu, wenn man dafür als Indiz die Mittel, mit der sie ihre Arbeit unterstützt, nimmt (s. Anhang 1). Die 21 Prozent der Mittel, die die Nichtregierungsorganisationen für Nahrungsmittel- und humanitäre Hilfe erhalten, haben nur einen geringen entwicklungspolitischen Stellenwert. Da auch von den anderen, den freien Nichtregierungsorganisationen zugänglichen, Titeln ein größerer Teil an Organisationen im kirchlichen Umfeld oder an Organisationen geht, die nicht im eigentlichen Sinne zu den Nichtregierungsorganisationen gehören, wie z.B. der Raiffeisenverband, beträgt der Anteil der säkularen Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen an der öffentlichen Förderung gerade rund 3 Prozent, d.h. ca. 27 Millionen DM, was 0,32 Prozent des BMZ-Haushaltes entspricht.

Spenden für Entwicklungsvorhaben

Nach Ansicht des BMZ sollen sich allerdings die freien Nichtregierungsorganisationen überwiegend aus Spendenmitteln finanzieren, weil sonst ihre Autonomie, die ihr Qualitätsmerkmal sei, gefährdet werde.³⁾ Dieses Argument hat allerdings für das BMZ bezüglich der politischen Stiftungen, deren internationale Arbeit zu 100 Prozent, und der kirchlichen Hilfswerke, deren Bezuschussungsquote immerhin noch über 50 Prozent liegt, keine Gültigkeit (s. Anhang 2). Die Gründe für diese unterschiedliche Beurteilung liegen offenbar in einer Verkennung des Subsidiaritätsprinzips und einer estatistischen Bewertung gesellschaftlicher Formationen.

Tatsächlich liegt der Selbstfinanzierungsgrad der freien Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungsprojekte bei 75 Prozent. Der größte Teil der Spenden wird allerdings für karitative, humanitäre oder religiöse Zwecke gegeben, der Anteil der Spenden für Entwicklungsvorhaben ist dagegen relativ gering. So stehen den säkularen Organisationen, also ohne die Nichtregierungsorganisationen im kirchlichen Umfeld, ca. 80 Millionen für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Prozentual ist das Gewicht von Entwicklungsvorhaben bei den 78 säkularen Organisationen mit einem Jahresumsatz von 100.000 DM bis 10.000.000 DM am größten. Für staatlich geförderte Projekte dürften die freien Nichtregierungsorganisationen etwa 8 Millionen DM Eigenmittel einsetzen. Den überwiegenden Teil ihrer kostbaren Spendenmittel reservieren sie für von ihnen voll finanzierte Projekte oder für die von der Europäischen Kommission zu vorteilhafteren Bedingungen gewährte Kofinanzierung ihrer Vorhaben.

Hohes Ansehen in der Öffentlichkeit

Insgesamt ist also der quantitative Beitrag der freien Nichtregierungsorganisationen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gering. Dem entspricht nicht ihr Bild in der Öffentlichkeit. Wirksame Entwicklungshilfe wird nach der Ansicht einer breiten Öffentlichkeit überwiegend von Kleinprojekten der NRO geleistet, sie sind für diese der eigentliche Hoffnungsträger der Entwicklungshilfe. Nach der vom BMZ in Auftrag gegebenen INFRATEST-Studie von 1993⁴⁾ liegt der Bekanntheitsgrad der freien NRO so hoch wie derjenige der kirchlichen Werke, während sich die staatlichen Träger KfW mit 29 Prozent und GTZ mit 18 Prozent zufrieden geben müssen. Genauso groß war der Unterschied bei der Frage nach dem Wirkungsgrad, auch hier beurteilen, wie bei den Kirchen, 50 Prozent der Befragten die Arbeit der freien NRO als wirkungsvoll, wogegen sich KfW und GTZ mit 7 bzw. 6 Prozent abfinden müssen. Interessant ist auch die Relation der beiden Fragen, die bei den kirchlichen und freien NRO positiv, bei der staatlichen EZ negativ ist. Die übertriebene Hochschätzung der Arbeit der freien NRO hat natürlich mit ihrer breiten Öffentlichkeitsarbeit und Spendenwerbung zu tun, aber auch mit der weitverbreiteten Ablehnung staatlicher Großprojekte. Die Kehrseite der hohen Erwartungen an die Nichtregierungsorganisationen ist, daß relativ geringfügige Fehler und Pannen leicht zu einem Scherbengericht führen können. Nichtregierungsorganisationen können sich deshalb auch Selbstkritik, zumindest nach außen, nicht leisten, was der Qualität ihrer Arbeit nicht immer gut bekommt.

Dialogfähigkeit der freien Nichtregierungsorganisationen

Komplementarität setzt Dialog voraus. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat dazu vor einiger Zeit eine Studie⁵⁾ in Auftrag gegeben, in der rund 60 deutsche nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen identifiziert wurden, welche für einen Dialog mit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in Frage kommen, darunter nur etwa 15 säkulare Organisationen mit Projektarbeit in den Entwicklungsländern. Ganz ohne Frage haben die NRO entscheidende Impulse für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gegeben, angefangen von den Freiwilligendiensten, partizipativen Methoden, fairem Handel bis zur Bedeutung von Menschenrechtsfragen für die Entwicklung, zum Verhältnis von Umwelt und Entwicklung und zur selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung. Aber auch diese Anstöße gingen im wesentlichen von den personell und finanziell starken kirchlichen Organisationen aus.

Der Drang der deutschen säkularen Organisationen zum Dialog mit dem Staat ist nicht sehr ausgeprägt, sie sind mit ihren eigenen Aufgaben hinreichend beschäftigt und können in vielen Fällen den persönlichen und finanziellen Aufwand für den Dialog mit dem BMZ gar nicht leisten. Sie sehen darin auch kaum einen greifbaren Nutzen, weil sich die staatliche Seite weder an ihren Projekterfahrungen interessiert zeigt, noch zu einer Zusammenarbeit im Einzelfall bereit ist. So bleibt ihnen allenfalls die allgemeine Kritik an der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, wobei sie dabei verwundbarer als die Kirchen sind: kritisieren sie allzusehr das BMZ, laufen sie Gefahr, aus der staatlichen Förderung ausgeschlossen zu werden.

Für die praktische Zusammenarbeit gibt es das Instrument der Ländergespräche, zu denen das BMZ außer den staatlichen Durchführungsorganisationen, den politischen Stiftungen und den Kirchen gelegentlich auch Vertreter der säkularen Nichtregierungsorganisationen einlädt. Jedoch ist es dabei bisher kaum zu einer wirklichen Diskussion gekommen. Angesichts der massiven Präsenz der staatlichen Durchführungsorganisationen und deren Tendenz, jede auch noch so berechtigte Frage sofort als Kritik zu verstehen und abzublocken, finden sich die NRO allzuoft in der Rolle lästig angesehener Querulanten oder, wie Eisenblätter kürzlich schrieb, als "Tischschmuck von GTZ, KfW und BMZ"⁶⁾. Aber nicht nur bezüglich des Dialogs über eine abgestimmte Strategie in einzelnen Ländern, sondern auch bezüglich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit oder administrativer Detailfragen wurden in den Kontakten der letzten Jahren zwischen freien Nichtregierungsorganisationen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kaum greifbare Ergebnisse erzielt.

Hindernisse für die Komplementarität

Angesichts der Mittelsituation und der dadurch beengten Organisationsstrukturen findet die viel zitierte Komplementarität zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit fast nur bei den kirchlichen Zentralstellen, politischen Stiftungen und den wirtschaftlichen Verbandspartnerschaften einen Ansatz. Solange sich das BMZ nicht zu einer grundlegenden Änderung seiner Konzeption und der Förderinstrumente des nichtstaatlichen Bereichs entschließt, kann dieser Grundsatz bezüglich der freien Träger nicht in die Praxis umgesetzt werden. Es ist deshalb auch konsequent, daß in einer soeben vom BMZ herausgegebenen Broschüre zur Armutsbekämpfung sich kein Wort zur Komplementarität der staatlichen Programme der Armutsbekämpfung mit den NRO findet⁷⁾, vielmehr wird darin die Bedeutung der Direktfinanzierung von Nichtregierungsorganisationen des Südens durch die staatliche EZ betont. Dagegen wird es vermutlich von keinem der freien Träger Protest geben, weil sie durch diese Praxis in ihrer Arbeit nicht berührt sind. Sie werden allerdings noch mehr darauf bedacht sein, daß ihre Projekte mit Partnern im Süden möglichst nicht das Interesse der deutschen staatlichen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit finden, denn diese könnten u.U. ihre Partner dann direkt finanzieren und sie dadurch aus ihren mühsam aufgebauten Partnerschaften verdrängen.

Wirkungen der Vernachlässigung der freien Nichtregierungsorganisationen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das BMZ war bisher der Meinung, daß die Zusammenarbeit und Förderung der freien Nichtregierungsorganisationen angemessen sei und den Bedürfnissen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit entspreche. Ist dies wirklich der Fall? Was spricht für eine verbesserte Förderung durch das BMZ und für einen intensiveren Dialog?

1. Der krasse Widerspruch zwischen öffentlicher Wertschätzung auch der freien, nicht kirchengebundenen NRO und ihrem tatsächlich geringen Beitrag zur Entwicklung birgt Gefahren. Auch bei relativ kleinen Pannen kann es zu einem großen Umschlag in der öffentlichen Meinung und zu ernsthaften Problemen für die allgemeine Akzeptanz der Entwicklungshilfe in der Öffentlichkeit kommen. Die Kritik von Bundesminister Spranger an den Problemen bei CARE und der Welthungerhilfe im vergangenen Jahr war sicher berechtigt. Das BMZ hätte jedoch gut daran getan, den Problemen auf den Grund zu gehen. Bei beiden Organisationen zeigt sich nämlich, daß größere, überwiegend in der Entwicklungshilfe tätige, säkulare Nichtregierungsorganisationen wegen der unzureichenden und einengenden staatlichen Förderung erhebliche finanzielle und organisatorische Probleme haben. Sie sind wegen der Unsicherheit des Spendenmarktes gezwungen, entweder Rücklagen zu bilden, was sie nicht dürfen, oder die Flucht nach vorn in öffentlichkeitswirksame Aktionen der humanitären Hilfe anzutreten. Noch mehr derartige Vorkommnisse liegen nicht im Interesse der Bundesregierung, denn es könnte sich daraus eine ernsthafte Beschädigung der Akzeptanz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ergeben. Das BMZ sollte sich deshalb auch um die Finanzierungs- und Management-Probleme der von ihm geförderten Nichtregierungsorganisationen kümmern, denn die Kontrolle durch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) ist dafür nicht ausreichend und zum Teil fehlerhaft.⁸⁾
2. Ein zweites Problem ist das Ungleichgewicht des gesellschaftlichen Hintergrunds der deutschen NRO-Struktur. Etwa 85 Prozent der Spenden für Entwicklungshilfe – nicht Nothilfe – dürften von kirchengebundenen Spendern kommen. Es hat den Anschein, daß nur ein kleiner Prozentsatz vorwiegend christlich geprägter Bürger sich für die Entwicklungshilfe engagiert und als Spender den Großteil der Mittel für Entwicklungshilfe aufbringt.⁹⁾ Die allgemeine Spendenbereitschaft für Entwicklungshilfe ist außerhalb dieses Kreises vermutlich sehr gering. Das ist für die Akzeptanz der Entwicklungshilfe in der deutschen Gesellschaft und damit für ihren politischen Stellenwert ein gewichtiges Problem. Humanitäre und karitative Hilfe hat Akzeptanz, nicht die nachhaltige Entwicklung. Auch hier müßte, im Interesse der öffentlichen Entwicklungshilfe, zusammen mit den freien NRO überlegt werden, welche Maßnahmen zur Änderung dieses Ungleichgewichtes ergriffen werden können.
3. Zum Ungleichgewicht der Spenderstruktur kommt die ungleiche Verteilung nach Spendenzweckbestimmung. Durch eine bessere Förderung der freien NRO ließen sich ohne weiteres mehr Spenden der nachhaltigen, selbsthilfeorientierten Entwicklungshilfe zuführen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Finanzministerium sollten aus finanziellen Gründen daran ein hohes Interesse haben, denn schließlich nimmt der Staat für die zwei Milliarden Spenden für die in den Entwicklungsländern tätigen NRO jährlich Steuerausfälle von rund 600 Millionen DM in Kauf.
4. Bemerkenswert ist auch, daß wegen der Schwäche der deutschen NRO-Struktur sich zunehmend ausländische NRO in Deutschland etablieren, zum Teil mit abhängigen Filialen, zum Teil mit autonomen Mitgliedsorganisationen. Neuerdings sind Medecins sans Frontières (MSF), OXFAM und SAVE THE CHILDREN auf dem deutschen Spendenmarkt aktiv geworden. Reine Spendensammelorganisationen sind UNICEF und die UN-Flüchtlingshilfe, die zusammen allein 1994 über 110 Millionen DM sammelten und anonym an ihre internationalen Zentralen abführten.
5. Die Präsenz der deutschen NRO in den Entwicklungsländern ist nur in dem von den kirchlichen Organisationen und politischen Stiftungen abgedeckten Bereich von Bedeutung. In vielen Ländern ist eine Dominanz von anglophonen, skandinavischen und frankophonen NRO unverkennbar. Die deutschen Entwicklungs-NRO haben – im Gegensatz zu den Umwelt-NRO – kaum Anteil an der "Neuen Internationale der NGO"¹⁰⁾. Angesichts der wachsenden Bedeutung internationaler gesellschaftlicher Verflechtungen ist zu bedenken, ob das weitgehende Fehlen säkularer deutscher NRO in der internationalen NRO-Gemeinschaft nicht mittelfristig der wünschenswerten deutschen Präsenz in der internationalen Gemeinschaft abträglich ist. Die Europäische Kommission hat vor einigen Wochen eine Veröffentlichung über die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit mit den NRO vorgelegt, in dem bemerkenswerterweise kein deutscher Autor zu Wort kam und auch keine deutsche NRO erwähnt wurde.¹¹⁾

Stellt sich die deutsche Entwicklungspolitik gegen den internationalen Trend zur stärkeren NRO-Förderung?

In dieser Frage versteckt sich eine zweite, die letztlich den Kern der angesprochenen Problematik betrifft: Was könnte eine verbesserte Zusammenarbeit mit den freien NRO für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bringen? Theoretische Ausführungen über die Bedeutung der NRO-Arbeit besagen allerdings wenig über die möglichen Vorteile einer verstärkten staatlichen Förderung auch der freien Nichtregierungsorganisationen. Die Aussagen sind nicht so schlüssig und eindeutig, daß mit ihnen die hergebrachten Strukturen und institutionellen und politischen Eigeninteressen der staatlichen und quasi-staatlichen deutschen Entwicklungsorganisationen verändert werden könnten. Was zählen würde, wären eindeutige Erfahrungen. Diese gibt es aber in Deutschland nicht, weil, wie gesagt, eine derartige Zusammenarbeit im säkularen Raum bisher kaum stattgefunden hat. Wohl aber verfügen wir über Erfahrungen aus den USA, Kanada, den skandinavischen Ländern, England und der Schweiz bezüglich der Zusammenarbeit mit NRO, freien und kirchlichen, denn dort gibt es die bei uns übliche Unterscheidung nicht. In vielen Ländern hat die Zusammenarbeit zwischen Staat und NRO inzwischen einen erheblichen Umfang erreicht. Die USA beabsichtigen, bis zum Jahr 2000 40 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe über Nichtregierungsorganisationen zu leiten.¹²⁾ Die Förderung der deutschen Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen nimmt sich dagegen mit 6,22 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe recht bescheiden aus.¹³⁾ Dazu kommt, daß ein erheblicher Teil davon an die politischen Stiftungen geht, die international gesehen zwar eine einmalige und außerordentlich erfolgreiche Einrichtung sind, die aber nicht eigentlich als Nichtregierungsorganisationen angesehen werden und in ihrem Selbstverständnis auch nicht sind. Aufgrund der zu 100 Prozent staatlichen Finanzierung ihrer Verwaltung und ihrer internationalen Projekte sowie ihrer Nähe zu den politischen Parteien, die Verfassungsrang haben, sind sie eher der Zusammenarbeit mit den Ländern, Kommunen und öffentlich-rechtlichen Institutionen der Wirtschaft zuzurechnen als den freien Nichtregierungsorganisationen. Ohne die politischen Stiftungen macht aber die NRO-Förderung gerade 3,2 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe aus. Die Bundesrepublik liegt damit in dieser Hinsicht im internationalen Vergleich weit hinten. Gibt es aber überzeugende Gründe, warum sich die Bundesregierung diesem Trend entzieht? Gelten die Gründe für die international festzustellende, verstärkte NRO-Förderung nicht auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit?

Effizienzsteigerung der Entwicklungshilfe durch NRO-Beteiligung

Die Einlösung der anfangs zitierten Erwartungen an die Nichtregierungsorganisationen ist im wesentlichen nur durch eine direkte und langfristige Zusammenarbeit zwischen Nord-NRO und Süd-NRO möglich. Diese Aussagen wurden von Mitarbeitern der deutschen staatlichen Durchführungsorganisationen, aus welchen Gründen auch immer, bisher bestritten. Es scheint sich aber hier ein Meinungswandel anzubahnen, weil erkannt wird, daß sich die staatlichen Durchführungsorganisationen mit der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung einen Schuh anziehen, der schlecht paßt. Ihre Stärken liegen auf anderen, nicht weniger wichtigen Gebieten der Entwicklungszusammenarbeit. Der Teil der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung, der sich an der Basis vollzieht, ist das eigentliche Betätigungsfeld der Nord-NRO. Das heißt natürlich nicht, daß die Nord-NRO dieses Feld in jedem Fall wirksam und nachhaltig beackern. Es gibt genügend Berichte auch über problematische NRO-Entwicklungsprojekte.¹⁴⁾ Projekte der deutschen säkularen NRO sind allerdings bisher kaum untersucht. Trotz möglicher Fehlentwicklungen ist aber doch letztlich nicht zu bestreiten, daß für die selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung freie und kirchliche Nichtregierungsorganisationen oft die besseren Voraussetzungen haben, falls ihnen die entsprechenden Handlungsspielräume eingeräumt werden:

- für die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen des Südens und direkt mit Organisationen der Armen ist ein langdauerndes Vertrauensverhältnis ein unschätzbarer Vorteil. Die Zusammenarbeit zwischen NRO des Nordes und denjenigen des Südens unterliegt nicht den zeitlichen Beschränkungen eines Projektes, und sie gewinnt durch direkte langjährige persönliche Beziehungen. Sie ist weniger anonym als die Arbeit großer staatlicher Träger;
- die Nichtregierungsorganisationen sind in der Zusammenarbeit mit den NRO des Südens innovativer, flexibler und unbürokratischer als die staatliche Entwicklungszusammenarbeit;
- die Einschaltung von Nichtregierungsorganisationen ermöglicht eine wünschenswerte größere "Herrschaftsferne" der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung;
- der in vielen Fällen immer noch erforderliche personelle Einsatz bei der Umsetzung der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung erfolgt bei den Nichtregierungsorganisationen oft

- flexibler und auch kostengünstiger als bei der ursprünglich für die klassische TZ ausgelegten staatlichen Entwicklungszusammenarbeit;
- eine verstärkte Beteiligung der in unserer Gesellschaft verankerten Nichtregierungsorganisationen an der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung kann zu einem besseren Verständnis für ihre Notwendigkeit führen.

Die Internationalisierung der Entwicklungszusammenarbeit und die Nichtregierungsorganisationen

Die fortschreitende Internationalisierung der Entwicklungszusammenarbeit ist ein weiteres Faktum, mit dem auch die Bundesregierung rechnen muß. Dabei werden, aufgrund der gegebenen Strukturen in den wichtigsten Geberländern, die Nichtregierungsorganisationen eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Nicht von ungefähr zeigen die Vereinten Nationen und ihre vielen Sonder- und Unterorganisationen, die Weltbank, die Europäische Kommission und die OECD ein zunehmendes Interesse für den Dialog und die Zusammenarbeit mit den NRO. Die freien deutschen NRO haben wegen ihrer strukturellen Schwäche bisher kaum Möglichkeiten, sich daran zu beteiligen.¹⁵⁾

Für und wider eine verstärkte NRO-Förderung durch die Bundesregierung

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich, daß es im Interesse deutscher Politik liegt, den säkularen Nichtregierungsorganisationen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine der wesentlichsten Schwierigkeiten für eine verstärkte Förderung der Nichtregierungsorganisationen liegt allerdings bei den Kapazitäten deutscher säkularer Nichtregierungsorganisationen. Seit Jahren schiebt das BMZ den freien NRO die Verantwortung zu, daß der Kofinanzierungstitel nicht ausgeschöpft werde. Die Nichtregierungsorganisationen haben dem entgegengehalten, daß die bürokratische und inflexible Handhabung des BMZ, die den Nichtregierungsorganisationen einen hohen, aus ihren Spenden zu finanzierenden Arbeitsaufwand abverlangt, der eigentliche Grund für dieses Problem sei. Seit kurzem hat ein neues Planungsverfahren dazu geführt, daß bereits Ende Juli alle Mittel für das ganze Jahr bewilligt sind und vorliegende Anträge nicht mehr berücksichtigt werden können. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß aufgrund der bestehenden Strukturen und langjährigen unzureichenden Förderpolitik neue Kapazitäten nur langsam aufgebaut werden können. Das bedeutet, daß es längere Zeit brauchen wird, den Anteil der freien Nichtregierungsorganisationen an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu steigern. Wollte sich daher die Bundesregierung dem internationalen Trend zur verstärkten NRO-Förderung rasch anschließen, bliebe ihr nur eine weitere Erhöhung der Zuschüsse an die Kirchen und die politischen Stiftungen. Das wäre aber problematisch, weil dadurch die beschriebenen Diskrepanzen noch verstärkt würden.

Die Defizite der deutschen NRO-Struktur liegen also klar zutage. Sie erfordern eine aktive Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegenüber den freien Nichtregierungsorganisationen. Es geht nicht um Eigeninteressen der freien NRO, die sich mehr oder minder gut in irgendwelchen Nischen eingerichtet haben. Es geht vielmehr darum¹⁶⁾, wie in Zukunft die komplementäre Zusammenarbeit von NRO und staatlichen Institutionen gestaltet wird. Es geht um einen qualitätssteigernden Wettbewerb, um eine subsidiäre Beteiligung aller NRO, um die Überwindung eines etatistischen und inflexiblen Zuschnitts eines wichtigen Teilbereichs der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Kurzum, es geht um eine grundlegende Neufassung der NRO-Förderung.

Das Mißverhältnis zwischen der Überschätzung der freien Nichtregierungsorganisationen in der Öffentlichkeit einerseits und ihrer Anerkennung durch die Bundesregierung andererseits begründet einen Handlungsbedarf der Politik. Bei der bestehenden Mittelknappheit geht es auch darum, ein vernachlässigtes Potential zur Verbesserung der deutschen Entwicklungshilfe zu nutzen. Es stellt sich die Frage, ob es sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit erlauben kann, sich einer internationalen Entwicklung entgegenzustellen.

Anhang

1. Zur Struktur, Spendenaufkommen und Öffentlichen Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Informationen über die Arbeit und die Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland sind sehr unvollständig. Der letzte veröffentlichte Bericht des BMZ hierüber datiert aus dem Jahr 1990 (BMZ-aktuell 002 April 1990 "Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 1989"). Bezüglich der Spenden haben es weder das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) noch der damit konkurrierende deutsche Spendenrat bisher vermocht, genaue Zahlen und eine völlige Transparenz herzustellen.

Finanzierung der NRO aus dem Bundeshaushalt

Für die Finanzierung der Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen aus dem Bundeshaushalt standen 1993 folgende Haushaltstitel zur Verfügung*

89604	Unterstützung der kirchlichen Zentralstellen	294 Mio. DM
63604	Gesellschaftspolitische Arbeit (Polit. Stiftungen)	229 Mio. DM
68603	Sozialstrukturhilfe (Polit. Stiftungen und 10 weitere Organisationen)	130 Mio. DM
68606	Kofinanzierung freier Träger	31 Mio. DM
68624	Nahrungsmittelhilfe (nur teilweise)	100 Mio. DM
	Humanitäre Hilfe (nur teilweise)	50 Mio. DM
	Entwicklungspolit. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	4 Mio. DM
Zusammen		838 Mio. DM
davon Entwicklungszusammenarbeit		684 Mio. DM

*Die Mittel für Osteuropa sind in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

Entwicklungsprojekte der freien ("weiteren") Träger können nur aus den Haushaltstiteln 68606 Kofinanzierung und 68603 Sozialstrukturhilfe gefördert werden.

Aus dem Sozialstruktur-Titel werden nur sechs Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen, davon vier große (Deutscher Caritasverband, Deutscher Volkshochschulverband, Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes, Deutsches Rotes Kreuz) und zwei mittelgroße (Arbeiterwohlfahrt, Borda) finanziert. Diese Mittel dienen zur 100prozentigen Vollfinanzierung von Projekten und den damit verbundenen Verwaltungskosten (bis zu 14 Prozent). 2 der 6 Organisationen gehören zum kirchlichen Umfeld.

2. Struktur der deutschen Entwicklungs-NRO

Die Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen, die nicht amtskirchlich oder politisch gebunden sind, jedoch die Organisationen im kirchlichen Umfeld einschließen, lassen sich in vier Kategorien einteilen:

1. Große Organisationen mit professionellem Mitarbeiterstab und ggf. auch Auslandsmitarbeitern, weltweit operierend, bundesweite Spendenwerbung, Jahresumsatz mehr als 10 Millionen DM
2. Mittlere Organisationen mit wenigen hauptberuflichen Mitarbeitern, ergänzt durch ehrenamtliche Mitarbeiter, Projekte meist nur in einigen Ländern, bundesweite Spendenwerbung, Jahresumsatz 2 bis 10 Millionen DM
3. Kleinere Organisationen mit einem oder zwei hauptberuflichen Mitarbeitern, beschränkte Spenderzahl, wenige Projekte, Jahresumsatz 100.000 bis 2 Millionen DM
4. Kleinstorganisationen mit ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern, ein oder einige wenige Projekte, regionale oder lokale Spender, Jahresumsatz unter DM 100.000

Nicht erfaßt werden in der folgenden Tabelle die Organisationen, die von Verbänden der Wirtschaft getragen werden oder die ausschließlich in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Lobbyarbeit tätig sind.

Kategorie	Zahl	davon kirchliche	davon Kinderhilfe	davon Kinderpatenschaften	Spenden aufkommen	davon f. f. EZ *			
1	16	8	5	4	570 Mio. DM	90 Mio.	2	23	2
1	0	50 Mio. DM	30 Mio.						
3	60	3	5	-	30 Mio. DM	20 Mio.			
4	ca. 80	?	?	-	80 Mio. DM	10 Mio.			
zusammen	899	13-?	11-?	4	730 Mio. DM	150 Mio.			

*grobe Schätzung

Von den 16 großen Organisationen sind sechs überwiegend Kinderhilfsorganisationen bzw. Kinderpatenschaftsorganisationen, drei leisten überwiegend humanitäre Hilfe und zwei Behindertenhilfe. Nur vier, nämlich die Welthungerhilfe, der Deutsche Volkshochschulverband, das Internationale Kolpingwerk und der Verein Jugend DritteWelt sind überwiegend in der Entwicklungshilfe tätig.

Eigen-(Spenden-)mittel der deutschen E-NRO

über das Spendenaufkommen der deutschen E-NRO liegen widersprüchliche Zahlen vor. Die an die OECD geleisteten Transferzahlungen betrugen im Jahr 1994

	Zahl der Organisationen	Transferleistungen (OECD-Meldung)
Kirchl.Org.	129	1.021 Mio. DM
Freie NRO	282	460 Mio. DM
Internationale NRO	2	110 Mio. DM
zusammen	413	1.591 Mio. DM

Dazu kommen die Aufwendungen für Spendenwerbung und Verwaltung in Deutschland und die der nicht erfaßten Kleinstorganisationen, so daß insgesamt rund 2 Milliarden DM Spenden für diese Zwecke eingeworben wurden.

- 1) Smiley, Ian/Helmich, Henny (Ed.), *Non-governmental organisations and governments: Stakeholders for Development*. OECD Paris 1993
Vgl. dazu auch United Nations Development Programme (UNDP): *Human Development Report 1993*, New York 1993.
- 2) Zur Kategorisierung der Nichtregierungsorganisationen vgl. Anhang
- 3) BMZ AKTUELL 002 April 1990 S. 5.
- 4) INFRATEST Sozialforschung: "Bürger und Entwicklungspolitik", Abschlußbericht. München 1993.
- 5) Hauff, Michael von/Werner, Heinecke: "Formen und Ergebnisse des entwicklungspolitischen Dialogs zwischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in ausgewählten Industrieländern". Forschungsauftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn 1995.
- 6) Eisenblätter, Bernd: "Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit im Effizienzvergleich". In: *Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost*. Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag. Hrsg. Steinbach, Udo/ Nienhaus, Volker. Opladen 1995 S. 401ff.
- 7) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): *Armutsbekämpfung – warum, wozu und vor allem wie?* Bonn 1995.
- 8) Die dänische Entwicklungshilfebehörde DANIDA unternimmt vor Aufnahme der Förderung an Nichtregierungsorganisationen sogenannte Kapazitätsstudien, um für Umfang und Bezuschussungsgrad der Förderung eine verlässliche Grundlage zu haben.
- 9) Näherer Aufschluß darüber ist von einer zur Zeit durchgeführten Analyse der Spender von Misereor zu erwarten.
- 10) Vgl. dazu Christian Wernicke, *Die Zeit*, 23. 8. 1995.
- 11) Ryelandt, Bernard: "Why does the European Community work with NGOs?" In: Commission of the European Union: *The Courier Africa-Caribbean-Pacific-European Union No. 152*, Brussels July/August 1995, S. 64ff.
- 12) USAID U.S.Agency for International Development: "Strategies for sustainable development". Washington März 1994.
- 13) ODI Overseas Development Institute: "NGOs and official donors". Briefing Paper 1995 (4). London August 1995
- 14) Dazu Wernicke (Anm. 9), ferner Hanisch, Rolf/Wegner, Rodger (Hrsg.), *Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung. Auf dem Weg zur mehr Realismus*. Schriften des Deutschen Übersee-Institutes, Hamburg 1994; und Wegner, Rodger, *Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungshilfe. Einführung und systematische Bibliographie*. Schriften des Deutschen Übersee-Institutes, Hamburg 1993,
- 15) World Bank (IBRD), Operations Policy Group: *Cooperation between the World Bank and NGOs: 1993 Progress Report*, Man. Washington 1994.

16) Vgl. Eisenblätter (Anm. 6).

Kirchliche Entwicklungsarbeit aus Sicht von Misereor

Norbert Herkenrath

Seit ihren Anfängen gibt es ein klares Bewußtsein in der Kirche, daß die Sorge um die Armen zu ihren vordringlichen Aufgaben zählt. Entsprechend hat sie sich immer um die Armen gekümmert, im großen und ganzen aber wenig zur Überwindung von armutsproduzierenden Strukturen beigetragen. Zudem war die kirchliche Zuwendung zu den Armen oftmals stark von einer Mentalität der Fürsorge geprägt, die leicht dazu führte, die Armen unmündig zu halten. Die grundlegende Intuition der kirchlichen Entwicklungsarbeit liegt in einem Subjektwechsel: Es sind die Armen selbst, die ihre Armut überwinden. Die solidarische Sorge um sie ist keine Fürsorge, sondern unterstützt sie darin, für sich selbst zu sorgen. Überwindung der Armut und Subjektwerdung der Armen sind so zwei Seiten eines einzigen Prozesses. Entwicklungsarbeit fördert diesen Prozeß. Kriterium der Förderung ist die Einschätzung, inwiefern die Subjektwerdung der Armen durch die vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich gefördert wird. Insofern braucht die Entwicklungsarbeit einen Verständigungsprozeß zwischen allen Beteiligten.

Kirchliche Entwicklungsarbeit und Gesellschaft

Im europäischen Christentum stellte sich die Frage nach der Verhältnisbestimmung von Kirche und Gesellschaft lange Zeit vor allem als Frage nach der Aufgabenteilung zwischen Kirche und Staat. Bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil war diese Akzentuierung auch für das sozial engagierte katholische Denken bestimmend. Sehr deutlich wird dies in einer Rede, die der Kölner Kardinal Frings auf der Vollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda 1958 zur Gründung des Werkes Misereor gehalten hat. In dieser Rede heißt es in dem Abschnitt "Methode": "Dem kirchlichen Werk steht die Methode des Evangeliums zur Verfügung: Das Üben der Werke der Barmherzigkeit und das Ins-Gewissen-Reden denen, die die Mächtigen sind. Die Rentenreform 1957 hat mehr Menschen wirtschaftlich geholfen als alle Elisabethen- und Vinzenzvereine zusammengenommen. ... Vom Evangelium muß daher denen ins Gewissen geredet werden, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bestimmen. Solange aber politische, wirtschaftliche und soziale Dinge nicht nach dem Willen Gottes geordnet und die Notstände in der Welt nicht behoben sind, haben alle Gläubigen die Werke der Barmherzigkeit reich und überreich zu üben." Bemerkenswert ist sicherlich die Sensibilität für die Notwendigkeit und Überlegenheit struktureller Veränderungen. Wichtiger im hier gegebenen Zusammenhang sind aber die "Koordinaten", in denen die kirchliche Unterstützung der Armen definiert wird. Subjekte der Entwicklung sind fraglos die politisch Mächtigen, weil sie die Möglichkeiten in der Hand haben, Strukturreformen durchzuführen. Linderung und Appell sind die beiden Praxisformen der Kirche im sozialen Bereich. Die politisch und wirtschaftlich Mächtigen sind die unmittelbaren Ansprechpartner der Kirche, die Armen und Notleidenden sind eher die Objekte kirchlicher und staatlicher Zuwendung. Die Aufgabe der Kirche wird stark nach dem neuscholastischen Schema der Trennung von natürlicher und übernatürlicher Ordnung vorgenommen: Ihr eigentlicher Ort ist die übernatürliche Ordnung, während sie im Bereich der natürlichen Ordnung aufgrund ihrer Menschenliebe nur einspringt, bis die staatlichen Institutionen in der Lage sind, "politische, wirtschaftliche und soziale Dinge" nach dem Willen Gottes zu ordnen. Der inneren Logik dieses Modells folgend, ist die Kirche mit ihren sozialen Anliegen um so erfolgreicher, je angesehener sie bei den politisch und wirtschaftlich Mächtigen ist. Das, was wir heute Zivilgesellschaft bzw. politische Öffentlichkeit nennen und als einen eigenen Ort politischer Meinungsbildung identifizieren, kommt dabei praktisch nicht in den Blick.

Die Praxis der kirchlichen Entwicklungsarbeit folgte interessanterweise einer anderen Logik, deren politisch-konzeptionelle Konsequenzen zunächst kaum jemand im Blick hatte. Denn aus dem von Anfang an gültigen Ansatz der "Hilfe zur Selbsthilfe" entwickelte sich zunehmend eine spezifische Vorstellung des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Kirche, die auf die Stärkung der gesellschaftlich Schwachen orientiert ist. Im Zuge der praktischen Zusammenarbeit mit den Organisationen und Initiativen der Armen wurden die gesellschaftlichen Probleme immer weniger aus der Perspektive staatstragender Institutionen und immer mehr aus der Perspektive der Marginalisierten und Benachteiligten selbst gesehen. Eine wichtige politische Erfahrung der Armen lautet, daß die "Reichen und Mächtigen" in aller Regel wenig an struktureller Veränderung tun, wenn die Armen sie darum bitten. Erst wenn sie eine gesellschaftlich starke Kraft geworden sind, wenn sie Druck zugunsten ihrer Interessen ausüben können, erhöhen sich die Chancen struktureller Veränderung. Wenn die Kirche diesen Stärkungsprozeß der Armen unterstützt, ändert sie aber zugleich auch ihr gesellschaftliches Selbstverständnis: Nicht mehr der direkte Appell an die "Reichen und Mächtigen" ist ihr erstes Anliegen, sondern die Stärkung der Benachteiligten, so daß diese selbst ihre Rechte machtvoll einfordern können.

Um Strukturveränderungen durchsetzen zu können, von deren Notwendigkeit ja auch die Initiatoren der kirchlichen Entwicklungsarbeit ausgegangen sind, geht es also darum, zusammen mit den vom Unrecht Betroffenen politischen Druck zu organisieren, mit dessen Hilfe schließlich die notwendigen Veränderungen durchgesetzt werden können. Die in diesen Prozessen tätigen Gruppen definieren sich meistens als "Nicht-Regierungsorganisationen", d.h. als politische Gruppierungen, die an politischen Veränderungsprozessen arbeiten, dies aber nicht aus der Perspektive von staatstragenden Institutionen, sondern als selbstorganisierte gesellschaftliche Initiativen, die dann eine Chance haben, ihre Anliegen bis hin zu einer sozialen Bewegung zu organisieren, wenn die betreffenden Gesellschaften solche Räume demokratisch-pluraler Meinungsbildung zulassen.

Die Organisationsform "Nicht-Regierungsorganisation" ist etwas, das die Förderinstitutionen im Norden mit den vielen Initiativen in den Ländern der Dritten Welt verbindet: Sie alle verstehen sich und werden verstanden als solche Nicht-Regierungsorganisationen, die bestimmte Anliegen in ihren jeweiligen Gesellschaften populär zu machen bzw. durchzusetzen versuchen. So sind die anderen entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen die natürlichen Bündnispartner der kirchlichen Entwicklungsarbeit im Inland, mit denen zusammen die Wirkmächtigkeit der Dritte-Welt-Arbeit erheblich gestärkt werden kann. Daher finden sich die christlichen Gruppierungen, die sich auf Entwicklungsarbeit eingelassen haben, mitten im Feld politischer Aktivitäten wieder, im Verein mit andersreligiösen oder säkularen Gruppierungen, die für die gleichen Anliegen eintreten. Dies bedeutet aber auch, daß die Kirche, wenn sie sich als Kirche den Selbsthilfeansatz zu eigen macht, notwendig in den Bereich der Zivilgesellschaft gerät und an deren konfliktiver Praxis von Meinungsbildung teilnimmt. Indem sie sich im Sinne der Armen einmischt, verliert sie ihre Position eines Schwebens über den Konflikten und die damit verbundene Ideologie einer gleichmäßigen Distanz zu allen, aber sie gewinnt an Glaubwürdigkeit. Indem die kirchliche Entwicklungsarbeit die aus der Selbsthilfepraxis entstandenen Nicht-Regierungsorganisationen in den Ländern des Südens unterstützt und in den Ländern des Nordens sich selbst als eine solche Organisation in der politischen Praxis engagiert, nimmt sie am Aufbau einer Beziehungsstruktur zwischen gesellschaftlichen Gruppen in den Ländern des Nordens und des Südens teil, die in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext agieren und sich für eine Veränderung der Situation der Armen einsetzen. Durch diesen aus der Hinwendung zu den Armen nahezu zwangsläufig folgenden Schritt zur Unterstützung auch der politischen Organisation der Armen gibt es Querverbindungen der kirchlichen Entwicklungsarbeit zur gewerkschaftlichen Tradition einer Gegenmachtbildung. Sie setzt sich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für Selbsthilfe ein, soweit diese möglich ist, und sie unterstützt Bemühungen um eine Veränderung der Rahmenbedingungen, wo dies nötig ist.

Wie im Blick auf die Gesellschaft muß die kirchliche Entwicklungsarbeit ihr Anliegen der Armenförderung auch innerhalb der Kirche als eine zentrale Aufgabe christlichen Selbstverständnisses rechtfertigen und erläutern. Diese Aufgabe gewinnt angesichts einiger andersgerichteter kirchlicher Trends z. Z. erheblich an Bedeutung. Hier soll eine aktuelle Aufgabe der kirchlichen Entwicklungsarbeit herausgegriffen werden:

Mut zur Entwicklungspolitik statt Jammern und Klagen

Wenn es um Fragen der Entwicklungspolitik geht, herrscht in unserer Gesellschaft und besonders im Bereich der Politik eine skeptische Stimmung vor. Es gilt als eine Tatsache, daß das Interesse für die Dritte Welt nachlasse, da die Menschen zunehmend andere Sorgen hätten. Viele nehmen diese Einschätzung als einen Beleg für die Klage, daß die Solidarität in unserer Gesellschaft erodiere, daß der Gemeinsinn verfallende. Die Menschen würden egoistischer, und deshalb täten sie auch immer weniger zur Unterstützung der Dritten Welt. Politiker beteuern gerne ihren guten Willen, mehr für die Dritte Welt zu tun, aber das sei nicht durchsetzbar, weil in der Bevölkerung der Rückhalt für solche Maßnahmen fehle. Mir scheint hier eine falsche Einschätzung vorzuliegen. Wenn allerdings das Jammern und Klagen weiter anhält, könnte es letztendlich dazu beitragen, daß die Akzeptanz einer Entwicklungspolitik in unserer Bevölkerung schließlich doch abnimmt. Das ist wie bei der Börse. Die Kurse fallen nicht, wenn eine Krise kommt, sondern wenn die Aktienbesitzer glauben, daß eine Krise kommt. Man kann sich auch Krisen einreden. In den vergangenen Jahren hatten wir bei uns in Deutschland ähnliches beobachten können. Da gab es gelegentlich eine Grundstimmung, als ob es uns wirtschaftlich immer schlechter gehe. Wenn man dann genauer nachfragte, sagten die jeweils Angesprochenen: Mir geht es persönlich nicht schlecht, im Gegenteil, es geht mir besser als in den vergangenen Jahren. Aber ganz im allgemeinen geht es uns doch wirtschaftlich schlechter. Könnte es nicht also auch so sein, daß die verbreitete Auffassung über ein Nachlassen des Interesses für die Dritte Welt ebenfalls gar nicht die wirkliche Auffassung der Menschen wiedergibt? Ein Blick in empirische Erhebungen zur Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungspolitik legt diese Frage jedenfalls sehr nahe.

So zeigen die für das BMZ von Infratest-München durchgeführten Repräsentativerhebungen zum Thema "Bürger und Entwicklungspolitik" eine über die Jahre immer positiver gewordene Einstellung der Menschen zur Entwicklungspolitik. Sprachten sich 1977 62 Prozent der Bevölkerung "eher dafür" aus, waren es 1993 75 Prozent. Eher gegen Entwicklungshilfe waren 1977 23 Prozent, 1993 dagegen nur noch 11 Prozent. Auch das Statement "Ich bin für Entwicklungshilfe, auch wenn sich daraus für eine gewisse Zeit wirtschaftliche Nachteile für uns ergeben" findet immer mehr Zustimmung: 1977 45 Prozent, 1993 66 Prozent. Im Kommentar dazu heißt es: "Zum Befragungszeitpunkt im September 1993 war in der Bundesrepublik tatsächlich eine wirtschaftlich schwierige Situation gegeben. Wenn in dieser Situation mit 66 Prozent mehr Bürger als in allen Befragungen zuvor Entwicklungshilfe unabhängig von kurzfristigen 'wirtschaftlichen Nachteilen für uns' befürworten, dann ist die Unterstützungsbereitschaft für die Entwicklungsländer offenbar nicht nur an 'Schönwetterzeiten' gebunden." Die gerade abgeschlossene Misereor-Grundlagenstudie, die ebenfalls von Infratest durchgeführt wurde, bestätigt diese Ergebnisse in vollem Umfang, kommt z.T. sogar zu noch positiveren Einschätzungen. Auch so banal erscheinende Faktoren wie das Nichtabsinken des Spendenaufkommens deuten in diese Richtung. Die Grundlagenstudie über das Spenderverhalten bei Misereor weist einen breiten Konsens unter den deutschen Katholiken darüber aus, daß Hilfe für die Dritte Welt wichtig ist. 38 Prozent bezeichnen diese Hilfe als sehr wichtig, 54 Prozent als wichtig. Nur 5 Prozent sagen, sie sei weniger wichtig, und 1 Prozent, sie sei unwichtig. Bei den regelmäßigen Kirchgängern sind es sogar 44 Prozent, die Hilfe für die Dritte Welt als sehr wichtig bezeichnen. Interessant ist, daß auch die Formulierung: "Kirchliche Entwicklungsarbeit muß im eigenen Land einsetzen. Sie muß hier bei uns Menschen weiterbilden und aufklären" bei 65 Prozent der deutschen Katholiken volle Zustimmung findet, nur 7 Prozent können dieser Auffassung gar nicht zustimmen. Während 1980 die Zahl der Katholiken, die meinten, die Kirche tue genug für die Dritte Welt, etwa gleich war mit denen, die meinten, die Kirche sollte noch mehr tun, sagen 1995 nur 30 Prozent der Katholiken, die Kirche tut genug. 53 Prozent meinen, sie müsse noch mehr tun.

Man soll nichts schönreden. Zweifellos gibt es viele Dinge, die den Menschen mehr auf den Nägeln brennen als die Not in der Dritten Welt. Aber dennoch soll hier behauptet werden: Die Menschen in unserer Gesellschaft würden auch ein erheblich stärkeres Engagement zugunsten der Dritten Welt mittragen – vorausgesetzt, es erscheint ihnen glaubwürdig, daß damit den Armen geholfen wird. Auf diese Bereitschaft kann die Politik aufbauen. Hier wird es in Zukunft für uns wichtig sein, mehr noch als bisher die Effizienz von Entwicklungsmaßnahmen darzustellen. Es ist ja relativ leicht, auch unter Hinweis auf das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, nachzuweisen, daß die der kirchlichen Entwicklungsarbeit anvertrauten Gelder auch wirklich für die vorgesehenen Zwecke und Maßnahmen eingesetzt werden. Aber es ist schwieriger nachzuweisen, daß sie nun wirklich auch armutsmindernd gewirkt haben und den Ausgegrenzten, im Elend lebenden Menschen mehr Lebensqualität gebracht haben. Es wird notwendig sein, in Zukunft stärker auch in der Darstellung der Entwicklungspolitik die Erfolge aufzuweisen. In dem seit kurzem vorliegenden UNO-Bericht über menschliche Entwicklung heißt es z.B., daß von den 174 Ländern, die nach dem Index für die menschliche Entwicklung bewertet wurden, 63 in die Kategorie "hoher Entwicklungsgrad" eingestuft werden konnten, 64 in die mittlere und 47 in die niedrigste Kategorie. Im Jahre 1992, das zur Grundlage der Bewertung des diesjährigen Berichtes genommen wurde, lebten also nahezu 30 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern auf hoher Entwicklungsstufe, 39 Prozent in Ländern mittleren und 31 Prozent in Staaten niedrigen Entwicklungsstandes. 1960 hatten die entsprechenden Prozentanteile noch 16, 11 und 73 Prozent gelautet. Der Anteil der Menschen, die in Ländern hoher menschlicher Entwicklungsstufe leben, hat sich also in 35 Jahren nahezu verdoppelt (FAZ vom 18. August 1995). Man sollte solche Fakten, die doch sicher als Erfolg der Entwicklungshilfe zu verbuchen sind, deutlicher herausstellen.

Fragt man nach den Motiven der Menschen für die Unterstützung der Dritten Welt, dann zeigt sich, daß ethische Einstellungen wie Gerechtigkeitsempfinden, Mitleid, Solidarität usw. eine entscheidende Rolle spielen. Diese Einstellungen dürfen nicht unterschätzt werden, denn sie bestimmen das reale Handeln der Menschen, sie besitzen "materielle" Realisierungsformen. Der Rekurs auf diese Einstellungen darf nicht mit "Moralisieren" verwechselt werden. Der Moralisierer verzichtet darauf, seine Anforderungen an menschliches Verhalten argumentativ zu rechtfertigen. Statt die erforderliche Maßnahme zu begründen, appelliert er einfach an den unstrittigen ethischen Wert, dem diese Maßnahme dienen soll. Dies ist unfair und wird von den Menschen auch so empfunden. So sehr also einerseits es vom Entwicklungspolitiker gefordert ist, den Sinn und die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen zu begründen, so sehr ist andererseits feststellbar, daß die Menschen in unserem Lande ihre Unterstützung für die Dritte Welt auch ethisch begründen. Sie selbst suchen nach solchen Begründungen und sind bereit, danach zu handeln. Pierre Sané, der Generalsekretär von Amnesty International, beschreibt die hier zur Debatte stehende ethische Grundhaltung als das anspruchsvolle Bemühen, "sich die Gabe des Mitgefühls für jedes einzelne Menschenleben zu bewahren" (Die Zeit vom 18. Juni 1993). Die moralische Substanz dieser Haltung kann man als ein "universelles Verantwortlichkeitsempfinden" bezeichnen. Dieses zu rechtfertigen und zu fördern ist eine zentrale Aufgabe der kirchlichen Entwicklungsarbeit – gerade in der heutigen Zeit. Und es ist an der Zeit, daß die Politik mehr als bisher auf dieses Potential zurückgreift und Entwicklungspolitik offensiv vertritt. Denn diese ethische Motivation ist tragfähiger, als mancher abgebrühte Interessenpolitiker zu denken pflegt.

Die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst

Günter Linnenbrink

1970 wurde im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) gegründet. Sie konnte 1995 auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Diese AGKED ist der Zusammenschluß der im Bereich der EKD vorhandenen Entwicklungsdienste und -werke wie Brot für die Welt, Dienste in Obersee, EZE, KED und das EMW. Bei rechtlicher Selbständigkeit der beteiligten Dienste und Werke koordiniert die AGKED die kirchliche Entwicklungsarbeit im evangelischen Raum. Der jährlich erscheinende Rechenschaftsbericht der AGKED gibt Auskunft über die Schwerpunkte der kirchlichen Entwicklungsarbeit der evangelischen Christenheit und enthält alle wichtigen Informationen über Umfang, Sektoren und Einsatzregionen der Dienste. Zur Zeit beträgt das jährliche Volumen, das eingesetzt bzw. umgesetzt wird, ca. 450 Millionen DM.

Erfahrungen aus dieser kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit werden im folgenden vorgestellt. Dadurch werden einige neue Ansichten aufgezählt, welche auf diesen Erfahrungen aufbauen.

Die Rolle der Partner

Über Erfolg oder Mißerfolg der Entwicklungsmaßnahmen entscheidet in überragender Weise die Qualität der Partner und Partnerstrukturen.

„Das wichtigste Kapital der kirchlichen Entwicklungsarbeit ist nicht unser Geld, sind nicht unsere qualifizierten Stäbe: es sind unsere Partner in der weltweiten Christenheit.“

Diese Erkenntnis hat uns 1973 auf der Synode der EKD in Bremen, wo eine erste Bilanz der Verwendung kirchlicher Haushaltsmittel für die Entwicklungsarbeit der Kirchen gezogen wurde, zu folgender Förderungsempfehlung veranlaßt: „... die Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) sollen besonders auch zur Stärkung kirchlicher Strukturen ... eingesetzt werden.“

Diese kirchlichen Trägerstrukturen sind die Nationalen Kirchen- und Christenräte in Afrika, Asien, im Nahen Osten, Pazifik, in der Karibik sowie in Mittel- und Südamerika. Es sind über 40. Dazu kommen die großen überregionalen Zusammenschlüsse der Kirchen in Afrika (AACC), Asien (CCA) sowie ORK und LWB. In den meisten dieser ökumenischen Strukturen gibt es sogenannte Entwicklungsabteilungen. Sie haben durch ihre projektvorbereitende, -begleitende und -tragende Arbeit dazu beigetragen, daß in den Kirchen ein neues, an der ökumenischen Diskussion orientiertes soziales Verantwortungsbewußtsein gewachsen ist. Zugleich haben sie es ermöglicht, daß Ansätze für die Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen von hier nach Übersee ausgebaut werden konnten. Auch haben sie das Augenmerk auf lokale Initiativen gerichtet, die sonst kaum Zugang zu kirchlicher Förderung gefunden hätten. Auch haben diese Aktivitäten den Dialog unter den Kirchen über ihren Beitrag im Aufgabenfeld der Entwicklungspolitik gefördert und qualifiziert. Es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Förderung auch Probleme hervorgerufen hat:

- die mandatsmäßige Beschränkung der meisten Fördermaßnahmen auf Entwicklungsvorhaben hat die Balance zwischen Zeugnis im Sinne von Mission, Evangelisation und pastoraler Arbeit und Dienst im Sinne von diakonischer Tätigkeit und Entwicklungsarbeit in Gefahr gebracht. Für die letzteren waren Mittel und Personen vorhanden, für die ersteren weniger. Ein Identitätsproblem für unsere Partnerkirchen und für uns;
- die finanzielle Abhängigkeit von außen wurde verstärkt, da die Mitgliedskirchen die eigenen nationalen oder überregionalen Zusammenschlüsse nicht tragen können; die Aufnahmekapazität gerät angesichts der kleinen Zahlen von Mitgliedern bei vielen Partnerkirchen an ihre Grenzen.

Trotz dieser Probleme gibt es keine Alternative zur Förderung und Stärkung kirchlicher Trägerstrukturen. Jedoch müssen die Maßnahmen beschleunigt werden, die unsere Partner in die Lage versetzen, über Planung, Einsatz der Mittel, Abwicklung und auch Kontrolle noch stärker als bisher selber Entscheidungen zu treffen. Eine Ausweitung des Partnernetzes ist nur noch in Ausnahmefällen möglich. Die Partnerbeziehungen müssen stabilisiert und konsolidiert werden. Zu den Partnern gehören aber nicht nur die etablierten kirchlichen Träger und Organisationen. Wir stehen mit etlichen Selbsthilfe- und Aktionsgruppen (besonders im Bereich der Menschenrechtsarbeit) in Beziehung, die in Slums arbeiten, bedrängten Campesinos beistehen, auf die Einhaltung elementarer Menschenrechte achten u.a.m. Diese Gruppen, in denen Christen und Nicht-Christen zusammenarbeiten, stellen ein besonders wichtiges und förderungswürdiges Partnerpotential dar. Gerade in diesen Partnergruppen lebt ein besonders starker gesellschaftspolitischer Veränderungswille, so daß sie häufig in Konflikt mit ihren jeweiligen politischen Regimen liegen. Das führt die Kirchliche Entwicklungsarbeit nicht selten in politische Konfliktzonen, die aber um der Solidarität willen nicht gemieden werden dürfen.

Entwicklungsförderung in Übersee und Wahrnehmung der öffentlichen entwicklungspolitischen Verantwortung gehören zusammen.

Sowohl die Entschließung der EKD-Synode von Bremen 1973 wie auch die Entwicklungsdenkschrift der EKD aus dem gleichen Jahr betonen diese Zusammengehörigkeit: "Entwicklungsdienst ist nicht nur in Übersee geboten, sondern stellt auch für uns in der Bundesrepublik eine Herausforderung dar." Die zurückliegenden Jahre haben diese These bestätigt.

Wir wissen heute genauer als vor 25 Jahren, was die Ursachen der wachsenden Armut in vielen Entwicklungsländern sind: endogene Faktoren wie Korruption, Mißwirtschaft, ideologische Voreingenommenheiten, defizitäre Rechtsstaatlichkeit, mangelnde Partizipation der gesamten Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen etc. und exogene Faktoren wie internationale Wirtschafts- und Handelsstrukturen, Vermachtung von Märkten, Zollgrenzen, Kapital- und Ressourcentransfer in dirigierte Richtungen etc.

Wir wissen weiter, daß die Nord-Süd-Politik bei uns allzu leicht eine Funktion der Sicherheits-, Wirtschafts- und Außenpolitik und ihrer kurz- und mittelfristigen Interessen ist und deshalb die eigenen gesellschaftspolitischen, finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme die Entwicklungspolitik überlagern oder gänzlich an den Rand drängen. Zugleich wissen wir aber auch, daß nur ein wirklicher Interessenausgleich zwischen Nord und Süd ein Gebot der politischen Vernunft ist, weil sonst ein erträgliches Zusammenleben auf diesem Planeten nicht möglich ist. Daß es ein Gebot der christlichen Nächstenliebe ist, versteht sich dabei von selbst. Unsere kirchlichen ökumenischen Partner betrachten voller Sorge, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands die eigenen Vereinigungsprobleme sowie die Europäischen Integrationsprobleme uns so beschäftigen, daß für die Nord-Süd-Verantwortung keine Zeit mehr bleibt und es lediglich bestenfalls bei der Fortsetzung der alten Aktivitäten bleibt, aber keine neuen Impulse kommen. Sie, d.h. die Partnerkirchen, erinnern uns eindringlich an unsere früheren Bekenntnisse der ökumenischen Solidarität und fordern ihre Einlösung.

Vor diesem Hintergrund muß entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Kirchen mithelfen, daß in der Öffentlichkeit eine Politik eingefordert wird, die dem Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Rechnung trägt. Die AGKED hat zusammen mit der EKD in den letzten 25 Jahren durch eine Reihe von entwicklungspolitischen Initiativen diese Verantwortung wahrzunehmen versucht. Dies geschah u.a. über das Instrument "Gemeinsame Konferenz für Kirche und Entwicklung" (GKKE), in der eine enge, vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche und deren Entwicklungsdiensten (Misereor, Caritas, Adveniat etc.) praktiziert wird. Diese Konferenz hat sich in den zurückliegenden Jahren regelmäßig mit detaillierten Stellungnahmen an die Adresse der Bundesregierung, des Parlaments, der Parteien gewendet, wenn die Weltkonferenzen für Handel und Entwicklung (UNKTET) anstanden. Ein besonders umfangreiches und detailliertes Memorandum wurde 1976 aus Anlaß von UNCTAD IV in Nairobi von der GKKE unter dem Titel "Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung" vorgelegt. 1992 – aus Anlaß des Wirtschaftsgipfels in München – hat die GKKE sich in einem Dokument "Solidarität ist unteilbar. Für eine sozial und ökologisch verantwortete Weltwirtschaft" geäußert. Darin heißt es u.a.:

Mit Hilfsmaßnahmen im bisherigen Umfang ist angesichts dieser Situation nur wenig auszurichten. Die Entwicklungshilfe wird ohnehin wertmäßig längst dadurch aufgehoben, daß seit 1983 der Schuldendienst der Entwicklungsländer die gewährte Hilfe übersteigt. Es ist auch nicht ein aktueller Mangel an Gütern, der die Weltgesellschaft unfähig machen würde, allen Menschen ein gesichertes Leben zu ermöglichen. Vielmehr ist es die ungleiche Verteilung der Chancen, diese Güter nutzen zu können. Eine neue Stellung der Länder des Südens, die ihren Menschen Leben und Überleben ermöglicht, läßt sich nur durch eine Haltung des Anteilgebens seitens der reichen Länder ermöglichen. Sie müssen sich bereit finden, den Entwicklungsländern eine stärkere Beteiligung an der Weltwirtschaft zu ermöglichen, sie von der Last der Überschuldung zu befreien und verstärkt Mittel für die Entwicklung der Länder des Südens zur Verfügung zu stellen. Sie sollten zudem den Entwicklungsländern mehr Mitsprache und Verhandlungsmacht in internationalen Gremien zugestehen, wenn es um deren Probleme geht. Der Verzicht auf Besitzstände, Rechte, Machtanteile und Güterzuwachs ist nicht das übliche Verhalten in der Politik souveräner Staaten, die zunächst dem Gemeinwohl der eigenen Bürger verpflichtet ist. Es bedarf daher einer neuen Definition des Gemeinwohls für eine Politik, die entsprechend der wachsenden Interdependenz an der Entwicklung aller Völker und Staaten orientiert sein muß. Der Weltwirtschaftsgipfel bietet den Präsidenten und Regierungen der führenden Industrienationen die Möglichkeit, der weltweiten Dimension des Entwicklungsproblems gerecht zu werden. Die Kirchen haben bereits des öfteren vorgeschlagen, einen internationalen Sozialausgleich vorzusehen, der den Entwicklungsländern langfristig eine sichere Grundlage für ihre Bevölkerung gibt. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) fordert daher die Regierungen der Industrieländer auf, eine Welt-Sozialpolitik anzustreben und diese auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.

Die GKKE hat auch das Dialogprogramm "Entwicklung als internationale Frage", das 1979 auf dem gleichnamigen Kongreß in Bad Godesberg öffentlich vorgestellt wurde, entwickelt. Es war das erste größere evangelisch-katholische Projekt kirchlicher Entwicklungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Daß es hernach zu einer gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages zu den Zielen und Grundsätzen deutscher Entwicklungszusammenarbeit gekommen ist, hat sicherlich auch mit diesem Kongreß zu tun gehabt, wo es zu einem weitgehenden gesellschaftlichen Konsens in diesen Fragen gekommen ist.

Gegenwärtig ist die GKKE mit der gesamtdeutschen zweiten Auflage dieses Dialogprogrammes beschäftigt. Nach einer Konsultation 1992 mit ökumenischen Partnern wurde das Konzept entwickelt. Es sieht für die vier Jahre bis 1996 eine Reihe von Studien und Dialogreihen vor, die sich auf folgende Themen beziehen:

- Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit (an den Beispielen Brasilien / Carajas-Programm und Tanzania / Gesundheits- und Bildungsprogramm);
- weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen;
- Friedensförderung als Voraussetzung für Entwicklung (Beispiele: Mittelamerika, Horn von Afrika, Sudan).

Die Gesprächspartner sind: Bundesregierung und Parlament, Parteien und Verbände (Gewerkschaften, Unternehmer). Ziel ist es, 1996 in einem Workshop der Öffentlichkeit als Ergebnis vorzulegen:–

Voraussetzungen für eine gemeinsame Entschließung des Bundestages zur Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe der Politik,

- Ansätze zu einer wirklich die Armut bekämpfenden Entwicklungspolitik, Strukturelemente einer partizipativen Entwicklungs- und sozialen Strukturpolitik, die für alle am Entwicklungsprozeß beteiligten Organisationen und Gruppen verbindlich sind,
- Erfahrungen kirchlicher Konfliktschlichtungsdienste in ethnischen, religiösen, politischen und sozialen Konflikten bestimmter Regionen (s.o.).

Zum Schluß dieses Abschnitts eine Bemerkung zur evangelisch-katholischen Zusammenarbeit: Die AGKED und ihre einzelnen Werke und Einrichtungen pflegen seit Jahren eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihren jeweiligen katholischen Parallelorganisationen. In der Zielsetzung, in den Methoden der Arbeit gibt es praktisch keine Unterschiede. Das ist auch von ökumenischer Bedeutung. Immer häufiger stehen katholische und evangelische Christen und Kirchen Seite an Seite im Einsatz für Menschenrechte, mehr politische und soziale Gerechtigkeit. Besonders aus Lateinamerika gibt es viele ermutigende Beispiele. Wenn von einer gewissen "Abkühlung" im ökumenischen Miteinander der katholischen und evangelischen Kirche heute bisweilen die Rede ist, gilt das nicht für dieses Feld der Entwicklungsarbeit. Im Gegenteil: Hier wird die Zusammenarbeit immer intensiver.

Neue Einsichten

1. Bis vor wenigen Jahren war kaum im Blick, daß die Frauen in den Entwicklungsländern eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung der Gesellschaft haben. Verbreitung von hygienischen Kenntnissen, Anwendung ernährungswissenschaftlicher Erkenntnisse im Blick auf eine ausreichende Vitaminversorgung geht nicht ohne die Frauen. Das ist nichts Neues. Doch es mußte erst gelernt werden, daß die Frauen auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine herausragende Rolle spielen. In vielen afrikanischen Ländern sind die Frauen für das Land und seine Bewirtschaftung allein zuständig. Sie tragen die Ernte nach Hause, bereiten die Mahlzeiten, verkaufen die Erzeugnisse auf dem Markt – halten somit die Familie unter den Bedingungen einer Subsistenzwirtschaft am Leben. Sie arbeiten hart und zielbewußt. Aber auch in politischer Hinsicht ist den Frauen neue Bedeutung zugewachsen. Die Menschenrechtsbewegung in vielen lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Brasilien, Chile, Peru) ist ohne die Frauen nicht zu denken. Sie sind in vielen Ländern zu einem ernstzunehmenden Faktor bei politischen Willensbildungsprozessen geworden. Im Bereich der AGKED werden aus diesem Grunde Programme zur Stärkung des Selbstbewußtseins und der Eigenständigkeit der Frauen mit dem Ziel, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, sich aktiv am gesellschaftlichen und kirchlichen Leben zu beteiligen, vorrangig gefördert. Der vor gut einem Jahr verabschiedete Orientierungsrahmen für eine frauengerechte Entwicklungsarbeit ist Ausdruck dieses Lernprozesses.
2. In der ökumenischen Diskussion sind seit geraumer Zeit Solidarität mit den Armen (Solidarity with the Poor) oder auch Option für die Armen als entwicklungspolitische Schlüsselbegriffe im Schwange. Daß die Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu den Armen gehört, war immer bekannt. Doch man wollte lange Zeit etwas für die Armen tun und bedachte nicht, daß dadurch keine Entwicklung ausgelöst wird. Entscheidend für jede Entwicklung ist, ob Strukturen angeboten werden, die eine qualifizierte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerungsgruppen gewährleisten. Das aber bedeutet Einmischung in die inneren politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Angesichts der politischen und sozialen Machtverhältnisse in den meisten Entwicklungsländern bedeutet das für die staatliche Entwicklungspolitik, auf Änderungen bei den Empfängerländern zu drängen. Wenn die Bundesregierung in ihren entwicklungspolitischen Leitlinien die Vergabe von Mitteln abhängig macht vom Einhalten bestimmter Menschenrechts- und Demokratiestandards sowie einer eindeutigen Orientierung an der Armutsbekämpfung, ist dies im Prinzip zu begrüßen. Doch es dürfen dann keine Ausnahmen aus politischen Opportunitätsgründen, wie kürzlich gegenüber der Volksrepublik China, gemacht werden. Weil in nicht wenigen Entwicklungsländern die an der Macht befindlichen Gruppen oftmals eine zweifelhafte Legitimation für ihre Machtausübung besitzen, ihr erklärtes Ziel der Machterhalt und nicht die Schaffung demokratischer und sozial gerechter Verhältnisse ist, bedeutet eine solche Option für die Armen oder Solidarität mit den Armen eine deutliche Erhöhung des politischen Konfliktpotentials – im Innern und in den Außenbeziehungen. Der völkerrechtliche Grundsatz der nationalen Souveränität ist hier tangiert. Aber staatliche wie kirchliche Entwicklungsarbeit werden um der Menschen willen auf solche Einflußnahme nicht verzichten dürfen. Mit unseren kirchlichen Partnern müssen wir daher über Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftsdiakonischen Handelns reden, was wir auch seit einigen Jahren tun. Der Kirchliche Entwicklungsdienst gibt angesichts dieser Neuorientierung einen erheblichen Teil seiner Mittel für die Unterstützung von diskriminierten und benachteiligten Gruppen in ihrem Kampf für mehr soziale, politische und wirtschaftliche Rechte aus. Dadurch

geraten wir, vor allem aber unsere Partner in Übersee, zwangsläufig in politische Auseinandersetzungen. Unsere uneingeschränkte Solidarität ist da gefordert.

3. Als 1973 die EKD-Denkschrift "Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt" veröffentlicht wurde, eine Art "Magna Charta" des Kirchlichen Entwicklungsengagements, fehlte dort jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit des Aufbaus einer rechtsstaatlichen Ordnung. Heute wissen wir, daß eine solche Ordnung, mit der die Bürger vor der Willkür der politisch und wirtschaftlich Mächtigen geschützt werden, zur Entwicklung einer Gesellschaft nötig ist. Es geht praktisch um die klassische Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und Rechtsprechung. In vielen Entwicklungsländern ist das Recht zum "Recht der Mächtigen" verkommen, weil es nicht für und gegen jedermann in gleicher Weise angewandt wird. Es geht also um die Einhaltung der Menschenrechte als Grundlage für die Ausgestaltung eines Rechtssystems, das Verlässlichkeit und Transparenz in die Beziehungen zwischen den Rechtssubjekten, d.h. den Bürgerinnen und Bürgern, und der jeweiligen politischen Administration bringt. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden für private Investitionen und ihren rechtlichen Schutz. Unter dem Stichwort Aufbau einer zivilen Gesellschaft wird gegenwärtig die Diskussion über diesen Aspekt entwicklungsstrategischen Handelns geführt. Die in den 70er Jahren noch leidenschaftlich geführte Debatte über den Vorrang eines sozialistischen oder kapitalistischen Ansatzes in der Entwicklungstheorie hat sich weitgehend erledigt.
4. Auch in der Kirchlichen Entwicklungsarbeit ist der Zusammenhang von Entwicklung und Umweltverträglichkeit im Zuge der ökologischen Diskussion entdeckt und für die konkreten Entwicklungsprojekte und -programme bedacht worden. So wird u.a. der ökologisch vertretbare Landbau in besonderer Weise gefördert.

Doch wir wissen, daß die entscheidenden Impulse von den Menschen in den hochindustrialisierten Ländern ausgehen müssen. Man kann nicht dem hoch verschuldeten Brasilien Vorhaltungen wegen seines Raubbaus im Amazonasgebiet machen, wenn nicht zugleich finanzielle Alternativen zum Abbau seiner enormen Auslandsschulden angeboten werden. Ebenso wenig kann man den afrikanischen Menschen, die das letzte Holz verbrennen, um ihre Feuerstellen zu unterhalten, vorwerfen, sie trügen zur endgültigen Verkarstung des Afrikanischen Kontinents und zu entsprechenden Weltklimaveränderungen bei, wenn nicht gleichzeitig bei uns in den Industriestaaten ein Umdenken in Richtung Schonung der natürlichen Ressourcen einsetzt. Wenn unser Lebensstil das offene oder geheime Entwicklungsziel der Entwicklungsländer ist, dann ist die Belastbarkeit unseres Planeten überstrapaziert. Welches Recht aber haben wir, daß wir unseren aufwendigen Lebensstil den Menschen in den Entwicklungsländern vorenthalten wollen? Ist das nicht eine ökologische Variante der Apartheid-Politik auf Weltebene? Wir müssen deshalb bescheidener, ökologisch verantwortlicher leben, damit alle Menschen, insbesondere auch die kommenden Generationen, noch eine wirkliche Lebenschance haben.

5. Religiöse Traditionen haben immer einen entscheidenden Einfluß auf die Geschichte und Struktur eines Landes, einer Region. Daß Entwicklung und Religion in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, war uns auch bewußt. Nun müssen wir jedoch die Ambivalenz dieses Zusammenhangs herausstellen. Wer in den letzten Jahren den indischen Subkontinent einmal bereist hat, kann mit Händen greifen, in welcher Weise die hinduistische Religiosität mit ihrem Kastenwesen und ihrer Karmalehre das Verhalten der Menschen bestimmt. Sozialemanzipatorische Entwicklungsprozesse sind nur schwer in Gang zu bringen, wenigstens solche, die Breitenwirkung auf die Millionen der an oder unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen ausüben. Hinzu kommt der hinduistisch-islamische Gegensatz, der eindeutig eine entwicklungshemmende Wirkung enthält. Wer in den Sudan fährt, dieses in einen blutigen Bürgerkrieg verstrickte riesige afrikanische Land, kann in bedrückender Weise spüren, was es heißt, wenn ein islamisch-fundamentalistisch ausgerichteter Staat eine christliche Minderheit blutig niederhält, und zwar unter demagogischer Inanspruchnahme aggressiver islamischer Traditionselemente. Hier und an vielen anderen Stellen unseres Globus verstärken religiöse Traditionen die Gegensätze in einem Land, in einer Region und stellen sich als friedens- und entwicklungshemmender Faktor von hohem Rang dar. Zusammen mit unseren christlichen und kirchlichen Partnern in den Entwicklungsländern müssen wir darauf drängen, daß im Dialog mit den Vertretern anderer Religionen die Traditionselemente herausgearbeitet und gefördert werden,

- die ein Zusammenleben der Menschen unter Wahrung ihrer persönlichen Unversehrtheit und Freiheit gewährleisten. Toleranz und Solidaritätsempfinden als ziviles Ethos sind zu entwickeln.
6. Während des Ost-West-Gegensatzes war unser ganzes Denken und politisches Handeln auf eine rational-verlässliche Eindämmung des atomaren Schreckens gerichtet. Soldaten und Rüstung waren da, um sich gegenseitig vor einem atomaren Erstschatz zu bewahren (Abschreckung). Danach kam es zur Rüstungsbegrenzungs- und schließlich, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, zu einem Ende der Konfrontation. Der Ost-West-Gegensatz wirkte sich in den meisten Entwicklungsländern negativ aus, weil diese sich mit Waffen von ihren jeweiligen Verbündeten vollstopfen ließen. Man denke nur an die blutigen, die Völker dezimierenden Bürgerkriege in Äthiopien, Angola, Kambodscha, Vietnam u.a. Militär und Entwicklung schienen wie Feuer und Wasser zusammenzupassen. Aber wenn wir die Situation in Somalia, in Haiti oder auch in Kambodscha betrachten, muß man sich fragen, ob es nicht zu den Voraussetzungen einer auf Frieden ausgerichteten Entwicklungspolitik gehört, militärische Einsätze unter der Führung der UN nicht nur zu befürworten, sondern auch personell und finanziell zu unterstützen. Wie soll geholfen werden, wenn die elementaren Bedingungen des Zusammenlebens im Chaos von Anarchie und Gewalt untergehen? Solche militärischen Einsätze müssen aber eine klare, verabredete friedenspolitische Zielvorgabe haben. Sonst sind sie eher kontraproduktiv. Die Vereinten Nationen müssen als friedensschaffende und friedenserhaltende Größe in die entwicklungspolitischen Überlegungen mit einbezogen werden.

Entwicklungspolitik braucht einen langen Atem

Angesichts der Bilder des Schreckens und Elends, die uns täglich, insbesondere aus etlichen afrikanischen Ländern, erreichen, grenzt es beinahe an Zynismus, wenn für Geduld im Entwicklungsprozeß plädiert wird. Doch hier geht es um Katastrophenhilfe, sie muß unverzüglich geleistet werden. Entwicklungszusammenarbeit ist auf andere Fristen angelegt. Wir selbst, die alles andere als geduldig sind, wenn es darum geht, unseren Lebensstandard weiter zu verbessern oder auch nur zu halten, sind natürlich die am wenigsten geeigneten Ratgeber. Doch unsere Partner sagen uns: Bringt Geduld auf für Entwicklungen, die sich nur langsam vollziehen. Vor allem: Änderungen des Verhaltens brauchen oft mehr als eine Generationsspanne.

Wir brauchen einen langen Atem, besonders auch deshalb, weil die Entwicklungsbemühungen im vergangenen Jahrzehnt praktisch vergeblich waren. 1973 hieß es in der Entwicklungs-Denkschrift:

”Christen werden zum Anwalt für Gerechtigkeit in der Welt. Sie warten nicht, bis die sozialen Probleme im eigenen Volk gelöst sind, ehe sie sich den sozialen Nöten der anderen Völker zuwenden. Sie setzen sich für eine Änderung der Besitzverhältnisse ein, wo diese eine volle Beteiligung der anderen Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung verhindern. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen Herrschaftsverhältnisse, unter denen Menschen verfolgt und diskriminiert werden. Sie wehren sich gegen das Profitstreben als einzigen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und verhelfen solchen Maßnahmen zur Geltung, die den Ausgleich zwischen den reichen und armen Völkern erleichtern. Die Christen arbeiten dabei mit allen Menschen, unbeschadet ihrer religiösen, politischen oder weltanschaulichen Überzeugungen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen. Die Kirche ist dabei in dem Maße glaubwürdig, in dem ihre eigene Praxis dem entspricht, was sie von anderen erwartet.”

Aufgaben der staatlichen Entwicklungspolitik

Klaus-Jürgen Hedrich

Das Ende des Ost-West-Konfliktes, die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und die in der Folge erreichte deutsche Einheit lassen uns die Gegenwart als historische Zeitenwende erleben. Ihre Auswirkungen reichten weit über die Grenzen unseres Kontinents hinaus und ließen eine neue politische Geographie entstehen. Aus den weltpolitischen Umbrüchen der vergangenen Jahre resultiert auch eine veränderte Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt: Unsere Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft ist größer geworden. Eine wachsende Zahl von Ländern erwartet von uns als einer der führenden Industrienationen Unterstützung auf ihrem Weg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Herausforderungen, denen sich die Entwicklungspolitik angesichts der veränderten Weltlage an der Schwelle zum 21. Jahrhundert stellen muß, sind daher alles andere als "akademische Gedankenübungen" oder ein Problem, das allein hinter den verschlossenen Türen eines Ministeriums diskutiert werden sollte.

Kennzeichen der weltpolitischen Lage

Die Auswirkungen des Zusammenbruchs des sozialistischen Herrschaftssystems reichen über den Wegfall des überkommenen Ost-West-Konfliktes weit hinaus. Das Ende der bipolaren Weltordnung stellt nicht nur das bisherige Sicherheitsgefüge in Frage. Zwar wurde mit dem Ende der unmittelbaren militärischen Bedrohung durch den Osten das seit Ende des Zweiten Weltkrieges alles überlagernde Problem, einen Dritten Weltkrieg mit Nuklearwaffen zu verhindern, weitestgehend entschärft. Aber gleichzeitig schwinden auch bisherige Sicherheiten: Gesellschaftspolitische Strukturen und die Ordnung der internationalen Beziehungen, die durch den Ost-West-Konflikt fest zusammengefügt schienen, offenbaren heute ihre Labilität und drohen auseinanderzufallen. Der Blick in die abendlichen Nachrichtensendungen mit den furchtbaren Bildern aus Bosnien, Tschetschenien oder Ruanda führt uns fast täglich vor Augen, daß die Krisen in der Welt insgesamt nicht abgenommen haben – lediglich die Natur vieler Auseinandersetzungen hat sich erheblich verändert. Unsere Sicherheit wird nicht mehr in erster Linie durch einen atomaren Schlag oder eine breite konventionelle militärische Aggression gefährdet. Heute ist nicht mehr der "klassische" zwischenstaatliche Konflikt das am häufigsten auftretende Konfliktmuster, sondern innerstaatliche Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichem, ethnischem oder religiösem Hintergrund. Über 90 Prozent der insgesamt 186 Kriege zwischen 1945 und 1994 haben in Entwicklungsländern stattgefunden. Unter den 82 bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen 1989 und 1992 waren lediglich drei zwischenstaatliche Krisen, die übrigen 79 waren Bürgerkriege und interne Gewaltkonflikte. Die Fragmentierung und die Aufsplitterung politischer Herrschaftsverhältnisse ist in zahlreichen Staaten Afrikas, aber auch in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zum neuen Kennzeichen unserer Zeit geworden.

Globalismus und Interdependenz sind die beherrschenden Merkmale unserer gegenwärtigen Welt. Die Öffnung der Außengrenzen, gewaltige Fortschritte in Technologie, Kommunikation und Transport, die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen und die gemeinsame Abhängigkeit von Ressourcen bewirken eine internationale Vernetzung. Immer weniger läßt sich unsere Welt mit den Kategorien Ost und West, Nord und Süd erfassen. Immer deutlicher wird, daß an die Stelle dieser beiden politischen Achsen ein neues dynamisches, polyzentrisches Weltsystem tritt.

Globalität der Entwicklungsprobleme

Der wachsenden Komplexität der internationalen Beziehungen und dem Streben nach neuen staatlichen Organisationsformen in vielen Teilen der Welt steht eine zunehmende Globalität der Entwicklungsprobleme gegenüber, die uns alle betreffen. Gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Ungleichgewichte bilden Sicherheitsrisiken, die den militärischen an Gefährlichkeit kaum nachstehen. Zu diesen neu bewußt gewordenen Risiken gehören Armut, Unterdrückung von Minderheiten, Menschenrechtsverletzungen, Bevölkerungsexplosion, Abholzung und Bodenerosion, Klimaveränderungen, Hungersnöte und dadurch bedingte Armutswanderungen, der Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen sowie Drogenhandel, Kriminalität und – wie erst vor kurzem in Japan, in den USA und in Israel erschreckend deutlich geworden – Terrorismus. Diese Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen: Zum einen nimmt die innen- und außenpolitische Instabilität vieler Entwicklungsländer zu, zum anderen überschreiten die zunächst internen Probleme die Grenzen einzelner Länder und verdichten sich zu globalen Risiken.

Zwar ist das weltweite Bewußtsein für diese Globalität der Risiken gestiegen: Die herausragenden Weltkonferenzen der letzten Monate – die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, der Weltsozialgipfel in Kopenhagen, die UN-Klimakonferenz in Berlin und die UN-Weltkonferenz für Verbrechensverhütung in Kairo – zeugen von einem Bewußtseinswandel und dem guten Willen, globalen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Das entspricht auch den Forderungen der in Rio verabschiedeten Agenda 21, in der Industrie- und Entwicklungsländer ihre gemeinsame Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung anerkannt und sich zu einer global nachhaltigen Entwicklung verpflichtet haben.

Wenn wir uns klarmachen, wie eng unsere eigene politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit mit dem Schicksal der Länder Mittel- und Osteuropas verbunden ist, verstehen wir, daß die traditionelle Sicht, die Welt in Erste, Zweite und Dritte Welt zu unterteilen, überholt ist. Wir können uns nicht auf eine "Insel der Seligen" zurückziehen und unheilvolle Entwicklungen in anderen Teilen der Welt einfach ignorieren. Die Probleme der Welt sind komplexer geworden und in ihren Auswirkungen zunehmend auch bei uns spürbar. Sie können nicht durch einzelne, isolierte Hilfsansätze überwunden werden. Vielmehr geht es hier um weltweite Sicherheitsrisiken, denen nur durch eine weltweit tragfähige und nachhaltige Entwicklung begegnet werden kann.

Die politische und öffentliche Diskussion stellt zunehmend die Sicherheit des Menschen als Vorbedingung für ein friedliches Zusammenleben auch von Staaten in den Vordergrund. Dieser "erweiterte Sicherheitsbegriff" umfaßt daher sowohl soziale und ökonomische Sicherheit als auch die Sicherheit der natürlichen Lebensgrundlagen. Die gemeinsame Verantwortung für ihren Schutz und das gegenseitige Interesse an der Vermeidung von Krisen stellen Industrie- und Entwicklungsländer in eine Sicherheitsgemeinschaft. Sicherheit bei uns ist politisch, wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich enger denn je mit dem Schicksal der Entwicklungsländer verbunden.

Welche Herausforderungen ergeben sich angesichts dieser veränderten Weltlage für die Entwicklungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert? Welche Prioritäten setzt unsere Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren?

Neue Anforderungen für die Entwicklungspolitik

Mehr denn je haben wir die Chance, Entwicklungspolitik als "globale Zukunftspolitik" zu begreifen und zu einem schlagkräftigen Instrument unserer Außenbeziehungen auszubauen, das die oft zitierte Formel von der gestiegenen Verantwortung Deutschlands in der Welt mit Leben erfüllt.

Entwicklungspolitik ist ebensowenig statisch wie der Entwicklungsprozeß selbst. Sie muß sich den neuen Anforderungen anpassen, andererseits aber auch stetig und verläßlich bleiben. In der letzten Legislaturperiode haben wir richtungsweisende Weichenstellungen für die Entwicklungspolitik der 90er Jahre vorgenommen: Die Konzentration auf die Schwerpunkte Armut, Umwelt, Bildung, unsere fünf Vergabekriterien (Beachtung der Menschenrechte, Möglichkeit der politischen Teilhabe der Bevölkerung, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, Schaffung einer marktfreundlichen und sozialorientierten Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns unserer Partnerländer) und die Länderkonzepte, mit denen wir eine an den Bedürfnissen des jeweiligen Partnerlandes orientierte länderspezifische Programmierung der Zusammenarbeit vornehmen, sind zu "Markenzeichen" unserer Politik geworden, die national und international breite Zustimmung und teilweise auch Nachahmung gefunden haben.

Zu einer vorausschauenden Politik der Zukunftssicherung gehört die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind nur dort möglich, wo die grundlegenden Lebensbedürfnisse der Menschen gewährleistet werden. Die Bekämpfung der Armut steht daher auch in Zukunft an der Spitze der Prioritätenliste aller Entwicklungsanstrengungen. Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, der Bildungsförderung und des Umweltschutzes mindern die Armut, eröffnen benachteiligten Bevölkerungsschichten neue Lebensperspektiven und tragen dazu bei, den Teufelskreis Armut, Analphabetismus, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung direkt anzugehen. Durch die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden neue Freiräume für sozialpolitische Maßnahmen eröffnet. Unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit soll neue Arbeitsplätze schaffen und zielt auf die Förderung der produktiven Kräfte der Menschen. Auch dies ist ein zentrales Element einer breit angelegten Strategie der Armutsbekämpfung.

Entwicklungszusammenarbeit erfordert auf der anderen Seite, daß die Entwicklungsländer ihr gesamtes Potential in den Dienst der eigenen Entwicklung stellen und von den Gebern dabei lediglich durch Anreize und Beratung unterstützt werden. Ziel einer partnerschaftlich verstandenen Entwicklungspolitik ist immer die "Hilfe zur Selbsthilfe". Unsere Entwicklungszusammenarbeit ersetzt nicht die Eigenanstrengungen der Partnerländer, sondern unterstützt sie durch geeignete Maßnahmen. Der entscheidende Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung muß von unseren Partnerländern selbst erbracht werden. Wir binden Art und Umfang unserer Entwicklungszusammenarbeit an Kriterien wie die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozeß, Marktwirtschaft und gute Regierungsführung unserer Partnerländer.

Die primäre Aufgabe der Entwicklungspolitik bestand und besteht auch in den nächsten Jahren in der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen in den Entwicklungsländern und der Förderung ihrer eigenen schöpferischen Fähigkeiten. Wir müssen die Länder unterstützen, die ihre notwendigen Beiträge nicht aus eigener Kraft leisten können, sei es aus Mangel an finanziellen Mitteln, sei es aus Mangel an Kenntnissen, Fähigkeiten oder Erfahrungen.

Krisenursachen bekämpfen

Darüber hinaus kommen auf die Entwicklungspolitik aber auch neue Aufgaben zu. Wenn es richtig ist, daß Frieden und Sicherheit in den Entwicklungs- und Industrieländern heute unteilbar sind, dann muß unser Handeln darauf abzielen, Krisenursachen zu bekämpfen.

Eine neue Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert lautet daher: Krisenprävention.

Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit flossen in den letzten Jahren zunehmend in die Behebung von Schäden, die infolge von Kriegen, Bürgerkriegen und Naturkatastrophen entstanden waren. Die weltweiten Ausgaben für bilaterale Nothilfe stiegen von 1980 bis 1992 von 2 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 6,3 Prozent der öffentlichen Leistungen für Entwicklung. Die Schätzungen für 1994 belaufen sich sogar auf 10 Prozent.

Das bedeutet: Der Entwicklungszusammenarbeit werden die Mittel für ihre eigentliche Aufgabe, nämlich langfristig Strukturen für eine sich selbst tragende Entwicklung aufzubauen, entzogen. Statt dessen droht Entwicklungszusammenarbeit zum "Reparaturbetrieb" zu degenerieren.

Die vielen Kriegs- und Bürgerkriegsschauplätze in der Welt führen uns deutlich vor Augen, daß die Aufgabe, Konflikte erst gar nicht zum gewaltsamen Ausbruch kommen zu lassen, dringlicher denn je ist. Krisenprävention erspart nicht nur den Menschen in Krisenregionen unerträgliches Leid, sondern liegt auch in unserem eigenen Interesse. Die Auswirkungen der Gewalteskalationen machen nicht vor Landesgrenzen halt. Wichtig ist deshalb vor allem ein frühes Ansetzen bei der Eindämmung von möglichen Krisenherden. Sind erst einmal Schäden eingetreten, ist ihre Beseitigung in der Regel schwieriger und kostspieliger als ihre Verhinderung. Am Beispiel Somalia wurde dies in besonders erschreckender Weise deutlich: Die Kosten des Somalia-Einsatzes der Bundeswehr betrugen insgesamt 310,3 Mio. DM – und damit ebensoviel wie die gesamte deutsche Entwicklungshilfe an Somalia in den Jahren von 1987 bis 1992.

Aus dieser Einsicht allein muß schon die Folgerung hergeleitet werden, daß die Entwicklungspolitik ein Mandat für die Krisenprävention hat. Dies folgt aber auch aus dem Zusammenhang von Ursache und Auswirkung: Eine Politik würde ihre Gestaltungsmöglichkeiten nur unvollkommen und kurzsichtig wahrnehmen, wenn sie sich auf das Kurieren von Symptomen beschränken und eine Bekämpfung der Ursachen von Fehlentwicklungen außer acht lassen würde. Wir werden die Entwicklungszusammenarbeit deshalb noch stärker in den Dienst der Krisenprävention stellen und in diesem Bereich neue Akzente setzen sowie bereits im Vorfeld von möglichen Krisen die Ursachen der Fehlentwicklungen analysieren, um frühzeitig und gezielt gegensteuern zu können. Dabei können wir vor allem an die Erfahrungen anknüpfen, die wir mit Vorhaben zur Verbesserung der internen Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern gemacht haben. Sie bieten die größten Möglichkeiten für eine präventiv ausgerichtete Entwicklungspolitik. Mit einer Förderung der Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozeß, mit der Unterstützung beim Aufbau eines Rechtssystems, zu dem jeder Zugang hat, und mit einer Einwirkung auf das Selbstverständnis und die Rolle des Militärs im Staat können wir mehr menschliche Sicherheit schaffen und gesellschaftlichen Krisen vorbeugen.

Entwicklungspolitik ist Politik der Zukunftssicherung

Unterschiedliche Entwicklungen in der Welt erfordern unterschiedliche entwicklungspolitische Antworten. Wir werden in Zukunft die verschiedenen Instrumente unserer Entwicklungszusammenarbeit noch zielgenauer auf die sich zunehmend unterschiedlich entwickelnden Partnerländer lenken und unsere Entwicklungspolitik regional stärker differenzieren.

In Afrika sind die Armutsbekämpfung, die Verbesserung der politischen Beteiligung der Bevölkerung und in einigen Ländern auch Nothilfe und Krisenprävention vorrangig, in den Transformationsländern liegt der Schwerpunkt auf der Förderung administrativer, rechtlicher und wirtschaftlicher Strukturen.

Im Mittelmeerraum und im Nahen Osten steht die Eindämmung von Krisen, die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Förderung regionaler Zusammenarbeit im Vordergrund.

In Schwellenländern sollten wir uns auf Technologietransfer und die Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen konzentrieren, um einer Intensivierung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit den Weg zu ebnen.

Entscheidend aber ist unser erweitertes Verständnis von Entwicklungspolitik: Entwicklungspolitik ist keine Art "internationale Sozialhilfe". Es geht auch nicht mehr nur um die Unterstützung einzelner Länder. Entwicklungspolitik muß vielmehr unter globalen Aspekten gestaltet und als Politik der Zukunftssicherung in einer immer enger zusammenwachsenden Welt verstanden werden.

Nur ein immer dichter geflochtenes Netz nationaler und internationaler Kooperation wird den Menschen mehr Sicherheit geben und uns in die Lage versetzen, die großen weltweiten Aufgaben, denen wir uns an der Schwelle zum 21. Jahrhundert stellen müssen, gemeinsam zu meistern. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, die Schaffung lebenswürdiger Rahmenbedingungen für Millionen von Menschen und damit die Sicherung der Lebensbedingungen für künftige Generationen stellt uns vor gewaltige Herausforderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Dabei dürfen wir nicht von dem Irrglauben ausgehen, auf einer "Insel des Wohlstands" überdauern und die Probleme in anderen Teilen der Welt einfach ignorieren zu können. Wenn wir die Probleme nicht vor Ort lösen, kommen sie zu uns. Den Auswirkungen von globaler Umweltzerstörung und Armutsfluchtbewegungen werden wir uns nicht entziehen können.

Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, Entwicklungszusammenarbeit sei das einzig wirksame "Allheilmittel" für die globalen Probleme in unserer Einen Welt. Aber um Sicherheit und Frieden in der Welt zu gewährleisten, leistet Entwicklungszusammenarbeit ihren unverzichtbaren Beitrag.

Reihe "Aktuelle Fragen der Politik":

1. Gerd Langguth/Joachim Gauck/Wolfgang Schuller/Ines Veith:
Wahrheit und Gerechtigkeit: Taten und Folgen der SED-Diktatur
2. Politische Mitte und nationale Einheit:
Andreas Hermes 1878 - 1964
3. Wolfgang Brezinka/Franz Petermann/Lothar Schneider:
Mut zur Erziehung
4. Alexander Fischer/Manfred Agethen:
Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945-1952
5. Hedwig Dohm/Angela Merkel/Rita Süßmuth:
75 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland - Rückblick und Bilanz
6. Lothar Willmitzer/Günter Altner/Hans Mathias Kepplinger/Hans Mohr:
Rationalität und Irrationalität in der Gentechnologie-Diskussion
7. Karl-Ernst Jeismann/Udo Margedant/Wolfgang W. Mickel/Bernhard Sutor:
Deutschland und Europa im Schulbuch
8. Marc Fischbach/Werner Heldmann/Jürgen Schreier/Rolf Wittenbrock:
Qualitätssicherung des Gymnasiums
9. Hans-Jörg Bücking/Armin Dittmann/Hans-Josef Ruhland/Dietrich Tessmer/Geerd Woortmann/Reinhard Zedler:
Zur Zukunft der Berufsbildung
10. Jochen Borchert/Elmar Brok/Melanie Piepenschneider:
Europäische Integration als deutsches Interesse
11. Birgit Breuel/Reinhard Göhner/Hans Peter Stihl:
Deutschland - Standort mit Zukunft
12. Karl-Rudolf Korte/Matthias Zimmer:
Der Weg zur deutschen Einheit
13. Wolfgang Schäuble/Bernhard Vogel/Dorothee Wilms/Rainer Jork:
Deutschlands innere Einheit
14. Manfred Kanther/Berndt Seite/Heinz Eggert:
Innere Sicherheit in Deutschland
15. Helmut Kohl/Horst Möller/Hans Maier/Peter Hintze/Günther Schulz/Gerd Langguth:
Der 20. Juli 1944 - Widerstand und Grundgesetz

16. Karl-Heinz Daehre/Werner Dörflinger/Klaus Groth/Gerd Langguth/Berndt Seite:
Wohnraum schaffen
17. Norbert Lepszy:
"Die Republikaner" im Abwind
18. Rainer Eppelmann/Hartmut Koschyk/Peter Maser/Friedrich-Christian Schroeder/Dorothee Wilms/Roswitha Wisniewski:
Die Diktatur der SED - Geschichte und Folgen
19. Paul Krüger/Erwin Teufel:
Zukunft gestalten durch Wissenschaft und Technik
20. Christine Lieberknecht/Arnold Vaatz/Steffen Heitmann:
Unterwegs zur Einheit
21. Winfried Pinger/Ulrich Popp/Karl Osner/Gisela Hayfa/Burkhard Hinz/Jürgen Wuttke:
Armut bekämpfen - Selbsthilfe fördern
22. Barbara Bertram/Hans Bertram/Ingo Gensch/Marita Körner/Eva Marie von Münch/Franz Ruland:
Vater, Mutter - und Beruf?
23. Günther Rüther:
Politische Kultur und innere Einheit in Deutschland
24. Norbert Lammert/Karl Spelberg/Manfred Weiß:
Neue Wege in der Ausbildungsfinanzierung
25. Albrecht Martin/Thomas M. Gauly:
Christliche Grundsätze in der Politik
26. Mariana Aylwin/Monika Baumhauer/Katalin Filó/Monjanku Gumbi/Lee Hyo-Chae/Marlene Lenz/Claudia Nolte/Amal A. Sabbagh/Zhang Quingfang:
Weltfrauenkonferenz - Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden
27. Joachim Bitterlich/Rudolf Seiters:
Europäische Aufgaben bis zum Jahr 2000
28. Hans-Olaf Henkel/Jürgen Mittelstraß/Jürgen Rüttgers/Bernhard Vogel:
Wieviel Forschung braucht Deutschland?
29. Peter Lösche/Hans-Joachim Veen:
Mit den Volksparteien in die Zukunft
30. Hartmut Graßl/Angela Merkel:
Ist unser Klima noch zu retten?
31. Brigitte Baumeister/Michael Kastner/Matthias Wissmann:
Wirtschaft trifft Politik

32. Klaus-Jürgen Hedrich/Norbert Herkenrath/Gerd Langguth/Günter Linnenbrink/Peter Molt:
Mut zur Entwicklungspolitik

33. Dieter Althaus/Matthias Rößler/Wolfgang Schäuble/Hans Zehetmair:
Durch Erziehung Werte vermitteln

In Vorbereitung (Arbeitstitel):

Geschichte der SED-Diktatur

Philosophie und Politik

Europa

Erziehungswesen

Entwicklungszusammenarbeit ist heute eine zentrale Zukunftsaufgabe der Politik. Die Vielzahl entwicklungspolitischer Aufgaben macht eine breite Diskussion über Entwicklungspolitik notwendig. Dabei muß die Rolle von Nichtregierungsorganisationen deutlich angesprochen werden. Die Autoren stellen Aufgaben und Funktionen nichtstaatlicher Träger der Entwicklungszusammenarbeit vor und plädieren für eine Stärkung der Rolle der Nichtregierungsorganisationen.

Die Autoren:

Klaus-Jürgen Hedrich, Mitglied des Deutschen Bundestages,
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Prälat Norbert Herkenrath, Vorsitzender des Vorstands und
Geschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor

Gerd Langguth, Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-
Stiftung

Günter Linnenbrink, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher
Entwicklungsdienst

Peter Molt, Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen